

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Mutig vorwärts.

„Strebe nach etwas Großem, strebe nach dem schwer Erreichbaren; es gibt nichts Großes, das leicht zu erreichen wäre. Beschränke Deine Ziele nicht auf Unternehmungen, deren Erfolg sich in wenigen Jahren oder auch nur während Deines Lebens erhoffen läßt.“

Fürchte nicht den Vorwurf der Donquixoterie oder des Fanatismus; hast Du vielmehr erst reiflich erwogen, was Du unternehmen willst, und siehst Du Deinen Weg klar vorgezeichnet, und bist Du fest überzeugt, das Rechte zu tun, so gehe vorwärts wie Mr. Garrison, selbst auf die Gefahr hin, in Stücke zerrissen zu werden von denselben Männern, durch deren gewandelte Herzen Dein Vorhaben der-einst vollendet werden wird. Kämpfe mit aller Kraft gegen jedwedes Hindernis, einerlei wie groß oder klein auch die Zahl derer ist, die Dich unterstützen. Bist Du im Recht, so wird die Zeit schon kommen, da die kleine Gefolgschaft zu einer großen Menge anwachsenden wird.

Strebst Du nach etwas Eblem und erreichst Du es, dann wirst Du gewöhnlich noch vieles andere gleichzeitig mit erreicht haben. Hundert andere gute und edle Dinge, an die Du gar nicht gedacht hast, werden nebenbei erreicht sein, und zwar um so sicherer, je schärfer und anstrengender der Kampf war, welcher dem Siege voranging.

John Stuart Mill.

Gewerkschaften und Jugendvereinigungen.

Weitausschauend ist die Gewerkschaftstätigkeit. Wie viel Gegenwarts-mühe wird für Zukunftserfolge aufgebracht, und wie oft können die nicht ernten, die treulich gesät haben! Auf Schritt und Tritt wird dem tiefer blickenden Gewerkschaftler, der nicht Egoist und Augenblicksmensch ist, die bange Frage vor die Seele treten: Was soll später aus der Arbeit werden, die ich begonnen habe, was aus den Erfolgen, die ich mit meinen Kameraden erzielt habe? Die gewerkschaftliche Wirksamkeit bedarf einer organischen Fortführung von Generation zu Generation, Keime der Reformen müssen entwickelt, be-reits fruchtbringende Gewächse des sozialen Fortschritts müssen gepflegt und gepflegt werden, damit sie nicht ein Konjunktursturm, kein Frost der Reaktion hinwegraffe.

Daraus geht hervor, daß die Gewerkschaft die Jugend braucht. In die Hände derer, die kaum erst das Elternhaus und die Schulfeste mit der Fabrik und Werkstatt vertauscht haben, derer, die heute noch auf dem Spielplatz Räuber und Soldaten spielen, muß in einigen Jahren die alternde Generation der heutigen Gewerkschaftler die ganze Arbeitslast und Verantwortung für das Arbeiter- und Gewerbetwohl niederlegen. Zwischen Kindheit und Schule und dem Mannesalter liegt die ganz eigenartige Jugendzeit. Es ist das Lebensalter, in dem der junge Most gährt, und welche äußeren An-regungen und Einflüsse auf den jungen Menschen einwirken, das ist für die Abklärung seiner Persönlich-keit so wichtig, wie für den Wein die Behandlung des gährenden Mostes.

In diesem frühen Säuglingsalter muß im In-teresse der christlichen Gesamtbevölkerung sozialfort-schrittlich auf die Arbeiter eingewirkt werden. Der gewerkschaftliche, gewerkschaftsfähige Säugling wird dann mit jedem Schritt, den er zum Mannesalter tut, auch mehr und mehr das Christentum des Ver-bandes neben dem des Gefühls kennen lernen, das nichtern werktätige Christentum neben der sozial heldenhaften Jugendbegeisterung.

Selbstverständlich muß die Jugendorganisation, die Trägerin der sozialen Jugendideale und Jüng-lings-solidarität sein soll, anders aufgebaut und ge-bildet werden, als die Gewerkschaftsbewegung. Ihrer ganzen Natur nach muß sie weit mehr reli-giösen Charakters sein. So sehr wir für die Inter-konfessionalität bei der eigentlichen aktiven Sozial-arbeit eintreten, so klar erkennen wir die Unent-behrlichkeit einer vorbereitenden und dauernd be-

einflussenden sozial-religiösen Erziehung durch kon-fessionelle Ständesorganisationen. Für den aus-gereiften Menschen kann Arbeitervereins- resp. Ge-sellenvereins-erziehung und Gewerkschaftsarbeit neben-einander hergehen oder aufeinander folgen, sodaß ihm die interkonfessionelle Berufsorganisation zum erweiterten Anwendungsgebiet seiner sozial-ethischen Anschauungen wird.

Der jugendliche Arbeiter aber eignet sich noch nicht zur eigentlichen Gewerkschaftsarbeit der Praxis.

Wie er im Gewerbe Lehrling ist, so auch auf sozialem Gebiet. Er hat noch nicht die Reife, die das interkonfessionelle Zusammenarbeiten von jedem Einzelnen erfordert, muß vielmehr noch lernen, welche sozialen Grundbegriffe seine Religion zeitigt. Von einer selbständigen Anwendung dieser Gesichtspunkte seiner Weltanschauung, von der Anwendung der Ideen, die die Jugendorganisation in ihm weckt, kann noch keine Rede sein, ebensowenig wie der höhere Schüler, der mit Begeisterung Geschichte lernt, beherzigen schon reif wäre, als Feldherr oder Diplo-mat dem Staate zu dienen. Eine religiöse Vor-schule der späteren öffentlichen Wirksamkeit und, nicht zu vergessen, eine Schule persönlicher Ab-klärung sei also die Jugendorganisation. Da liegt der Gedanke nahe, daß sie im engsten Anschluß an die konfessionellen Ständesvereine geschehe, wie dies ja auch im Programm der Jugendvereine vor-gesehen ist. In ihnen aufzuheben darf sie aber auch nicht, denn ihre Aufgaben sind gemäß ihrem Men-schenmaterial ganz andere als die der Arbeiter-vereine; die sind gebildet für religiös, politisch und sozial Mündige, für Männer in der Tat, nicht für Jünglinge. Die Jugendorganisation verbinde die An-regung der Phantasie mit der Bedung des kritischen Verstandes, das künstlerische Spiel mit der sozial-ethischen und sachgewerblichen Erziehung und Schulung, die knabenhaft harmlose und interessante Kameradschaftlichkeit mit den ersten Versuchen or-ganisierter Charitas und der Ständes-Unterstützung auf Gegenseitigkeit, wie der heilsuchenden Solidarität.

Wir möchten andeutungsweise sagen, wie diese Vereinigungen u. E. arbeiten sollten und würden, wenn sie immer im sozialfortschrittlichen Sinne geleitet, und wenn ihre Führer in grundsätzlicher Ueberein-stimmung mit dem Gewerkschaftsgedanken tätig wären. Die in Betracht kommenden Konfessionen könnten, trotz dogmatischer Abweichungen, wenig-stens soweit es sich um die sozial-ethische Erziehung und Bildung in den Jugendvereinen handelt, viel-fach, fast immer wohl, übereinstimmend arbeiten; anders allerdings schon in sozial-apologetischen Fragen. Jedenfalls aber müßten sich katholische und evangelische Jugendvereinigungen in dem Ge-danken einig sein, ihre Mitglieder als begeisterte und tüchtige Mitkämpfer für das soziale Ringen unserer Zeit und für die Spezialaufgaben sozialer Kultur innerhalb ihres Standes und Berufes heran-zubilden.

Diese Auffassung, vorausgesetzt, würde zunächst in Betracht kommen, — d. h. natürlich immer für das sozial-ethische Arbeitsgebiet des Jugendvereins — eine Art von volkswirtschaftlicher und sozial-politischer Orientierung. Die an sich so außerordent-lich nüchternen und den jungen Leuten nach des Tages Last kaum anziehenden Stoffe müßten ähnlich wie in guten Schulen der Geschichtsunterricht, be-lebt werden durch anschauliche, packende Darstellungen. So lassen sich z. B. Einzelheiten aus der Geschichte der Gewerbe sehr anregend den jugendlichen In-teressen nahe rücken. Wie dramatisch bewegt ist nicht u. a. die Geschichte des Handwerks! Und wie farbenreich vermag ein begabter Lehrer das Em-porsteigen eines Gewerbetreibenden zur großindustri-ellen Produktion zu schildern! Dann endlich die Leidens- und Erhebungsgeschichte des Arbeiterstan-des, die Bewährung der Gegenwartsaufgaben und der Zukunftsperspektiven usw.! Soweit es sich um Gewerkschaftsgeschichte oder den Werdegang der deut-schen Sozialpolitik handelt, kann der Lehrer ja so leicht den geschichtlichen Unterricht beleben durch die Skizzierung geschichtlicher Charakterbilder. Große Vorkämpfer der Sozialpolitik, Parlamentarier, Ar-

beiterführer u. a. m. können den jungen Leuten als leuchtende Tätigkeitsvorbilder gezeigt werden.

Eine sehr große Rolle wird naturgemäß die sog. Unterhaltung, wir sagten lieber: die künstlerische An-regung spielen. Hier bleibt zu beklagen, daß unsere soziale Kunst noch so arm und so wenig in der Gegenwart heimisch ist. Man hat überhaupt bis vor kurzem den Fehler gemacht, unserer Jugend Hel-denbilder aus grauer Vorzeit vor die Seele zu stellen; anstatt Gestalten aus Zeiten zu wählen, die der heutigen näher stehen. Der Knabe der höheren Stände begeisterte sich an den Helden der antiken Welt, der Junge aus dem Volke gar an abenteuer-lichen Räuber-gestalten, beides waren nicht immer Moralvorbilder, deren Nachahmung sich in unserer Zeit empfehlen würde. Kinder aller Stände ver-folgen mit pochendem Herzen und glühenden Wangen die Erlebnisse und die Kulturtaten eines Robinson, während sie keine Ahnung von dem mindestens ebenso interessanten technischen Entwicklungs-gang einer bekannten Industrie, von all dem Menschen-reiß und all dem Geiste haben, der hier zugunsten heimischen Fortschrittes von großen, originellen und genialen Menschen der Wirklichkeit aufgeboren wurde.

So fehlt es uns heute, und das fühlt man schmerzhaft, an einer künstlerischen, dichterischen, dra-matischen oder novellistischen Behandlung der Stoffe aus dem heutigen Sozialleben. In Heldengestalten und tragischen Konflikten fehlt es wahrhaftig nicht!

Wie herrlich ließe sich das Opferleben eines Arbeiterführers, sein Ringen mit feindlichen Rich-tungen, sein Mißverstehenwerden in nahestehenden Kreisen, sein ungebrochener Idealismus trotz aller Widerwärtigkeiten als nie versiegende Kraftquelle seines Wirkens darstellen! Neben dem Sozialhelden, dem großen Manne, dürfte man allerdings auch ja nicht die schlichte Größe und Tugend des unbe-achteten aber viel leidenden und schaffenden Mannes vergessen. Man scheue sich ja nicht, neben dem sozialen Kampf auch die treu konservativen Pflicht-erfüllung den jugendlichen Gemütern nahe zu bringen. Ein Gedicht wie „Die alte Waschfrau“ von Chamisso müßte ein Gegenstück haben, das einen ähnlich veranlagten Prachtmenschen von Arbeiter-schildert.

Dann sollte auch der Triumph der Menschlichkeit — sagen wir meinetwegen — der Christlichkeit über den Klassenhaß künstlerisch zur Darstellung gebracht werden. So erschien unlängst eine Skizze in der Westdeutschen Arbeiterzeitung, die uns zeigte, wie nach heißem Kampfe ein erbitterter Arbeiter wäh-rend eines Streiks das Kind seines harttherzigeren Fabrikherrn vor dem Tode rettet. Derartige Dinge, wenn sie wirklich künstlerisch bearbeitet und darge-stellt sind, müssen ja jugendliche Gemüter für das sozial Wahre, Schöne und Gute anfeuern und be-geistern.

Das sachliche Streben könnte durch eine Art von Handfertigkeitunterricht, gemeinsame kunstge-werbliche Arbeitsübungen, Vereinsausstellungen und dergl. gefördert werden. Je nach Beruf und Spe-zialinteresse könnten die jungen Leute im Zeichnen, Holzschneiderei, Anfertigung kleiner Apparate oder Maschinen, in elektrotechnischen Versuchen mitein-ander wetteifern. Letztere, aufs physikalische Gebiet führenden Experimente und Arbeiten sind allerdings teuer aber äußerst anregend und die Vereine sollten zu ihrer Ermöglichung besondere Fonds anlegen. Manche Ausgabe für prächtige Fahnen oder The-atergarderobe könnte gespart werden, um dafür et-was für derartige, weit mehr bildende Aufgaben zu erübrigen. Auch müßte man trachten, Ruchhöfe zu derartigen Laboratorien und Vereinswerkstätten von vernünftigen Arbeitgebern, womöglich auch von der Gemeinde zu erlangen, denn beide sind lebhaft an der Heranbildung eines sachlich strebenden und über die Alltags-handgriffe hinaus im Gewerbe orien-tierten Arbeiterhandes interessiert.

Als bescheidene Ansätze der Solidaritätsübung können Unterstützungsstufen im Verein dienen, z. B. Krankenzusatz, Krankheitsunterstützung, vielleicht auch später Fonds zur Unterstützung junger, armer Leute, die sich auf irgend einer Fachschule fortbilden

mögen. Die Versicherungsanstalten würden dann von großer Bedeutung werden, sie wären vielleicht mehr Spielerei als sozial-politische Apparate; aber es würde sich doch in ihnen der Versicherungsgedanke auf Gegenfälligkeit betätigen, der Einzelne lernte, für die Gesamtheit opfern und ihre Gegenhilfe annehmen, und, was sehr wesentlich ist, die jungen Leute gewöhnten sich an Selbstverwaltung. Daß man sie nach Möglichkeit zur Verwaltung dieser Klassen heranzügte, ist natürlich Vorbedingung erheblicher Erfolge. In höheren Schulen, amerikanischen Kollegien usw. haben sich solche Schülerklassen mit Selbstverwaltung bereits eingebürgert; möge man bei uns dem Beispiel bald folgen.

Alles in allem: wenn die Jugendvereine in der von uns angeordneten Weise arbeiten wollen, werden wir eine ganz erhebliche Stütze der Gewerkschaftsbewegung, ja überhaupt des sozialen Fortschrittes in ihnen begründen können. Sobald dann der junge Mann organisationsfähig geworden und uns für die Gewerkschaften zu haben ist, mag er dort die Vertretung seiner sachgemäßen Interessen lernen. Vielleicht würde es zu diesem Zwecke später ganz gut sein, auch noch in der Gewerkschaft eine Jugendabteilung einzurichten, in der ältere, erfahrene Organisationsangehörige die jugendlichen Kollegen im eigentlichen Gewerkschaftsleben und -Wirken schulten und vorbereiteten. Je mehr unsere Bewegung an Macht und Einfluß zunimmt, wächst die Last der auf ihre Schultern gelegten Verantwortung, und je mehr eine Organisation zu verantworten hat, desto mehr muß sie von jedem Einzelnen ihrer Leute verlangen, und endlich: je höher die Anforderungen an die Einzelnen sein müssen, um so notwendiger wird eine sorgfältige Vorbereitung und Vorichtung für die vollberechtigte Mitgliedschaft. Dr. F. J.

Rechnungsergebnisse der Unfallberufsgenossenschaften

I.

Wie bereits angekündigt, sollen nunmehr die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, zunächst allgemein und dann jene der Eisen-, Metall- und Stahlberufsgenossenschaften besonders besprochen werden. Das vorliegende reichhaltige Material enthält auch eine Art Vorkursstatistik. Auch darauf werden wir zurückkommen.

Von welcher großer Bedeutung die Reichsgesetzliche Unfallversicherung ist, geht daraus hervor, daß derselben rund 26 Millionen Arbeiter, Gewerbetreibende und Bauern unterworfen sind.

Die Durchführung der Versicherung obliegt den Berufsgenossenschaften. Im Jahre 1908 gab es 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und 14 Versicherungsanstalten.

Den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften gehörten 1908 an 696 824 Betriebe mit 8 917 772 durchschnittlich versicherten Personen. Seit dem Vorjahre hat die Zahl der Betriebe um 23 706 zugenommen. Die Zahl der versicherten Arbeiter ist jedoch um 100 595 zurückgegangen. Die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften umfaßten im Jahre 1908 5 434 100 Betriebe, 723 699 mehr als im Jahre zuvor. Die Zahl der Versicherten betrug 17 179 000, das sind 5 989 925 Personen mehr als im Jahre 1907.

Von den Reichs-, Staats- sowie Provinzial- und Kommunalbehörden werden 977 351 durchschnittlich versicherte Personen nachgewiesen.

Von den 114 Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1908 rund 190 Millionen Mark aufgebracht. Davon wurden gewährt an Entschädigungen 142 593 202 Mk., Kosten der Fürsorge für Verletzte 809 930 Mk., Kosten der Unfallversicherung und der Bestimmung der Entschädigungen 5 116 446 Mk., Kosten des Streitverfahrens 2 290 988 Mk., Kosten der Unfallverhütung 1 327 316 Mk., laufende Verwaltungslosten 14 290 536 Mk., sonstige Ausgaben 1 374 913 Mk., Einlagen in den Reservefonds 19 236 61 Mk.

Die Verwaltungslosten und die Gerichtslosten (Schiedsgericht) verschlangen 23 Millionen Mk., 1 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre, woraus wohl geschlossen werden darf, daß die Entschädigungsansprüche der Verletzten genauestens geprüft und vielfach abgewiesen, sowie eine strenge Kontrolle der Rentenbezieher geübt wurde. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge beläuft sich im Rechnungsjahr 1908 auf rund 157 Millionen Mk. gegen 71 Millionen Mk. zehn Jahre zuvor.

Die Zahl der Unfälle, für welche im Jahre 1908 zum ersten Male Entschädigungen gezahlt wurden, betrug 142 965. Davon sind 9856 Unfälle mit tödlichem Ausgange, und 1116 solche, die völlige Erwerbsunfähigkeit herbeigeführt haben. Die Zahl der entschädigten Unfälle war um 1738 Fälle geringer, die Zahl der tödlichen Unfälle war um 41 größer als im Jahre zuvor. Von den tödlich verletzten Personen wurden 2054 als entschädigungsberechtigte Sinterbliebene anerkannt und ihnen eine Rente gewährt. Davon waren 6605 Witwen und 13 607 Kinder.

Die Zahl der vorgekommenen und gemeldeten Unfälle war um Vieles größer als die der entschädigten Unfälle. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nämlich 662 321. Von 100 angemeldeten Unfällen wurden also 1908 durchschnittlich 21,5 Unfälle entschädigt. Es erhielten also nur etwas mehr wie der fünfte Teil der Unfallverletzten eine Rente.

Betrachtet man die Angaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften, unter Zusammenziehung der für die einzelnen Berufsgruppen errichteten Genossenschaften so ergeben sich hinsichtlich der Zahl der Arbeiter und der Unfallfolgen nachstehende Ziffern: (Siehe nebenstehende Tabelle).

Im Nachstehenden sollen nunmehr die Rechnungsergebnisse der Metallberufsgenossenschaften gewürdigt werden. Die Unfallstatistik ist bereits vorweggenommen worden. Es folgen hier eine Art Betriebsstatistik, Angaben über die Zahl der Gesamtrentner und die Summe der von ihnen bezogenen Entschädigungen, über den Aufwand für die Verwaltung der Genossenschaften und den Stand des Reservefonds. Um einen Überblick zu gewinnen über deren Entwicklung und über den Stand des Gewerbes, soll eine vergleichende Darstellung der Zahl der Versicherten in den letzten 4 Jahren gegeben werden.

Die Rechnungsergebnisse enthalten auch eine Art Vorkursstatistik. Diese wie die Angaben über die Arbeiterzahl ist mangelhaft. In den Vorkursstatistischen Mitteilungen ist zunächst eine erklärende und eine kritische Bemerkung zu machen: Die Berichte der Berufsgenossenschaften enthalten Rubriken über die Zahl der „durchschnittlich beschäftigten Betriebs-

beamten und Arbeiter.“ Eine Auscheidung zwischen Arbeitern und Beamten ist nicht getroffen; dann „andere Arbeiter“; weiter eine Rubrik: „Bollarbeiter“. Die Zahl der letzteren wird gefunden, wenn man die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden durch 300 (Arbeitsstage) teilt. Die Zahl der Bollarbeiter ist manchmal verschieden von der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Bei Ueberstundten und Ueberstunden, wenn sie angerechnet

Gewerbliche Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden	Zahl der durchschnittlich versicherten Personen	Versicherte Personen, für welche 1908 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde		
		überhaupt	Tod	u. zwar hatten die Verletzten eine dauernde Erwerbsunfähigkeit
A. Gewerbliche Berufsgenossenschaften.				
Knappheits-V.G.	798 378	11 725	1 847	60
Steinbruch-V.G.	439 719	2 657	256	23
V.G. der Feinmechanik und Elektrotechnik	224 497	1 410	71	18
Eisen und Stahl	1 262 162	14 974	745	148
Metall	203 039	1 330	25	12
V.G. der Musikinstrumenten-Industrie	50 333	219	9	—
Glas-V.G.	84 798	379	16	1
Fäbri-V.G.	89 005	257	20	—
Metalle-V.G.	277 955	1 795	172	3
V.G. der chemischen Industrie	216 761	1 994	128	50
V.G. der Gas- u. Wasserwerke	70 079	473	31	3
Textilindustrie	890 513	2 748	100	11
Papier-V.G.	86 856	627	59	6
Papierverarbeitung-V.G.	131 248	545	39	1
Leberrndustrie-V.G.	76 788	511	91	8
Holz	428 743	5 021	178	7
Mühlerei-V.G.	63 729	1 015	79	1
Nahrungsmittel-Ind.-V.G.	154 697	772	31	3
Zucker-V.G.	93 791	565	40	—
V.G. der Kollerei, Brenneret u. Stärke-Industrie	50 020	409	24	6
Brauerei u. Mälzerei-V.G.	106 035	1 528	129	17
Tabak-V.G.	175 894	95	4	—
Werkzeugindustrie-V.G.	278 866	581	19	—
V.G. der Schornsteinfegermeister d. deutschen Reichs	5 662	22	1	—
Bauwesen	1 260 270	10 638	325	54
Deutsche Buchdrucker-V.G.	174 653	418	14	2
Privat-ahn-V.G.	28 714	228	44	2
Straßen u. Kleinbahn-V.G.	69 129	530	47	21
Lager-V.G.	368 241	2 685	220	25
Textil-V.G.	104 153	2 227	251	3
Werkzeug-V.G.	59 242	812	186	9
See-V.G.	77 345	460	77	3
Tiefbau-V.G.	306 276	2 404	197	49
Fleischerei-V.G.	110 251	1 318	30	3
B. Ausführungsbehörden.				
Marine u. Heeresverwaltung	66 042	273	18	16
Öffentliche Baubetriebe (Staatliche, Provinzial-, u. Kommunal-Bauverwaltung)	161 516	775	74	20
Staatseisenbahnen, Post u. Telegraphen	496 317	3 625	634	161
Staatbetriebe f. Schifffahrt, Bagerei, Alsherei	6 680	85	13	1

Der Mutter Lob aus Dichters Mund.

„Wie schön' ein Raum, so eng und klein, die Liebe einer Mutter ein“, so fragt Joh. Nep. Vogel in seinem bekannten Gedicht „Der Friedhofsbesuch“. Mit Recht, denn die Mutterliebe überdauert das Grab, und ihr Segen begleitet uns noch, wenn auch längst die treuen Augen sich im Lode geschlossen haben. Darum erklingt auch fort und fort aus Dichtermund der Preis der Mutterliebe, und der letzte Mensch, so schrieb unlängst die „L. Wtg.“ in einer sinnigen Betrachtung, der singend und jubelnd einst durch's alte Erdenhaus zieht, wird als der letzte Dichter seine Harfe auch auf dieses hohe Lied der Bewunderung und Dankbarkeit gestimmt haben.

Während schloß Detlev v. Viliencron die nimmer rastende Fürsorge und Liebestätigkeit seiner Mutter:

Wie oft sah ich die blauen Hände nähren
Ein Stüb' für mich — wie liebevoll du sorgtest!
Ich sah zum Himmel deine Augen fliehen,
Ein Wunsch für mich — wie liebevoll du sorgtest!
Und an mein Bett kamst du mit leisen Behen,
Ein Schuß für mich — wie sorgenvoll du horchtest!
Längst schon dein Grab die Winde überwehen,
Ein Gruß für mich — wie liebevoll du sorgtest!

Ähnlich zeichnet Julius Pohl, der treffliche erst vor wenig Wochen verstorbene sächsische Sänger, in seinen Immortellen das Bild seiner vielgeliebten Mutter, die ihm eine so glückliche Jugendzeit, ein Stück von Edens, ach, verlorenem Glück bereitet hatte:

Sprich nur den Namen Mutter aus
Und gleich umduftet auch ein Strahl —
Mehr kann auch keiner haben —
Von niemand süßen Gaben.

Denn Mutter sein, heißt: leiden,
Sich opfern unter Freuden,
Heiß tragen ohne Klagen,
Heiß dulden unter Qualen.

Heißt sich der Sorge weihen,
Vergeben und verzehren,
Heißt glauben und vertrauen,
Heißt Hoffnungsstübchen bauen.

Und unter ihren Trümmern
Nicht zürnen, zweifeln, wimmern —
Nein, immerdar aus neue
Dulden in Lieb' und Treue!

Überhaupt verknüpft sich die Erinnerung an die glückliche Jugendzeit dieser Dichter stets mit dem Mutternamen. George Freiherr v. Döherrn gedenkt auch in den Wamnestagen noch mit stillem Glücke der Stimme seiner längst entschlafenen Mutter:

Wonn' ich beschreiben dir den Klang
Der Stimme, die mit süßem Ton —
Wie ist es her so lang, so lang —
Einst zu mir sprach: „Geliebter Sohn!“

Kein Laut auf weiter Welt ist gleich
Dem Wort aus meiner Mutter Mund,
Noch macht es glücklich mich und reich,
Noch klingt es fort zu jeder Stund.

Ein rührendes Denkmäl hat P. Gaudenius noch seiner verstorbenen Mutter errichtet in den Klugbollen Bergen seines Bäcklehns Gave pia anima. (= Liebewohl, fromme Seele.) Still ist der Dichter an der Wäre der Mutter und schaut ihr in das liebe, jetzt erblühtene Antlitz, während der Mond in dem Silberhaar spielt und das Totenlicht traurig brennt. Er ist zu spät gekommen, um noch Abschied von ihr nehmen zu können, nun flüstert er

ihm das letzte Liebestwort zu. Der Anblick der Toten hat nichts Erschreckendes für ihn:

O stadre nicht, geweihte Ferse,
Steh wie sie lächelt süß und mild,
Draus weint die Nacht ob meinem Schmerz,
Nein, störe nicht das traute Bild.

Da brängt es sich ihm auf, wie gut sie gewesen, wie einfach und schlicht. Er sieht sich wieder daheim in der goldenen Jugendzeit zur heiligen Weihnacht:

Im Stübchen steht die Krippelein,
Von deiner Hand gebaut;
Wie oft hab' ich beim Lampenschein
Dir kundlich zugehaut.

Da war dein Herz so hell und jung,
Ob Jahr um Jahr verchied;
Der Jugendzeit Erinnerung
Sang dir ein Weihnachtslied.

Das liebe Christkind wird wiederkommen zu seinen Angehörigen, aber die Großmutter fehlt im trauten Familienkreise:

Die Kleinen singen Stille Nacht,
Wie wir vor langer Zeit;
O Kindesglück, o Märchenpracht,
Wie weit, wie weit, wie weit!

Nel goldene Gloden läuten
Im Himmel Weihnacht ein;
Dort trül in hellen Dome
Mein frommes Mütterlein.

Am 13. Todestage seiner Mutter schrieb Emil Rittershaus das gedankenreiche Gedicht nieder, in welchem er seines Kinderparadieses und seiner Mütterchens so herzlich gedenkt:

Ich hab's, o Mutter, nicht vergessen,
Was du mir einst gewesen bist,

werden, kommen bei gleicher Arbeiterzahl mehr Vorkarbeiter heraus, bei Betriebsbeschränkungen weniger als im Durchschnitt beschäftigt sind. Da die Löhne für die einzelnen Arbeiter und Kategorien nachgewiesen sind, so findet man den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst der Versicherten nur dadurch, daß man entweder die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, oder die Zahl der Vorkarbeiter in die tatsächlich verdienten Löhne und Gehälter, oder in die für die Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Rechnung gestellten Löhne teilt. Wie man es auch macht, eine richtig stimmende Berechnung der Durchschnittslöhne wird man aus den Rechnungsergebnissen nicht erhalten. Ganz abgesehen davon, daß Betriebsbeamte und Meister mit den Arbeitern zusammen in den Tabellen nachgewiesen werden. Bei Unterschichten wird die Zahl der Vorkarbeiter geringer sein, als die Zahl der wirklich Beschäftigten. Bei der Berechnung der Durchschnittslöhne wird also wohl ein günstigeres Bild derselben herauskommen. Das ist bei Ansetzung der hier gegebenen Ziffern zu beachten. Es kann sich nur um Merkmale für das Steigen und Fallen der Löhne, nicht um die wirklich verdienten Löhne handeln. Die Angabe von Durchschnittslöhnen hat überdies auch nur den Wert einer besseren Uebersicht. Die Durchschnittslohnberechnungen, zumal wenn hochentlohnte Beamte miteingezogen sind, können nie ein wirkliches Bild der Lohnverhältnisse der Arbeiter bieten. Es wäre angebracht, ernstlich zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, die Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften auszubauen und zu verbessern, um die hier vorgebrachten Mängel zu beseitigen. S. P.

Die praktische Handhabung der Bundesratsverordnung in Siegerländer Hütten- und Walzwerken.

Unsere großindustriellen Scharfmacher, denen jeder, auch der kleinste soziale Fortschritt ein Grauel ist, machen in letzter Zeit verzweifelte Anstrengungen, um das bischen Arbeiterschutz, welches den Hütten- und Walzwerkarbeitern durch die im April v. J. in Kraft getretene Bundesratsverordnung gegeben ist, wieder aus der Welt zu schaffen. Mit den gewagtesten Behauptungen (vergl. die Ausführungen Dr. Beumers über Pausen und Arbeitszeit in Blechwalzwerken) wofür die Herrschaften bisher den Beweis schuldig geblieben sind, und von uns bereits das Gegenteil nachgewiesen worden ist, versucht man der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Körperschaften klar zu machen, daß die Hütten- und Walzwerkarbeiter ein wahres Schlaraffenland führen und eines gesetzlichen Schutzes garnicht bedürfen.

Auch die Siegerländer Industriellen stehen im Kampf gegen die Sozialpolitik im allgemeinen, und gegen die Bundesratsverordnung in besonderen, ihren scharfmacherischen Kollegen im Ruhr- oder sonstigen Revieren der Großindustrie durchaus nicht nach. Der Berg- und Hüttenmännliche Verein zu Siegen, dem die maßgebenden Kreise der Siegerländer Großindustrie als Mitglieder angehören, ließ sich schon in seinem letzten Jahresbericht über die Bundesratsverordnung folgendermaßen vernehmen:

In unserer Generalversammlung vom 12. März 1909 wurde von sämtlichen Mitgliedern darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Bundesratsverordnung in der Praxis

nicht geringe Schwierigkeiten machen werde. Insbesondere beklagt man, daß die Betriebsförmlichkeit leiden, und nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Schädigungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen würden, wenn nicht für bestimmte Arbeiterkategorien statt der gewöhnlich vorgesehenen einstündigen Mittag- oder Nitternachtspause eine halbtägige vom Herrn Regierungspräsidenten zugestanden würde.

„Worin diese „wirtschaftlichen Schädigungen“ für die Arbeiter bei Durchführung der Bundesratsverordnung eigentlich bestehen sollen, wird vorsichtigerweise garnicht verraten. Wir haben uns nun die praktische Durchführung der Bundesratsverordnung in den Siegerländer Hütten- und Walzwerken etwas genauer angesehen und sind dabei zu dem Resultat gekommen, daß die Bestimmungen derselben namentlich hinsichtlich der Pausen, nur in den allerwenigsten Fällen eingehalten werden.“

In nachstehendem wollen wir an einigen Beispielen zeigen, wie die Einhaltung der Pausen in manchen Siegerländer Hütten- und Walzwerken den Bestimmungen der Bundesratsverordnung geradezuohn sprecht.

In der Abteilung III B (Blechwalzwerk) der Geisweider Eisenwerke zu Geisweid wird in Tag- und Nachtschicht gearbeitet, und zwar von 6 Uhr abends und umgekehrt. In der Woche vom 13. bis 18. Dezember hatte die Tagsschicht des genannten Betriebes an den einzelnen Tagen folgende Pausen:

Datum	Frühstücks-pause	Mittags-pause	Die Mittags-pause mußten während der Mittagsp. Repa. mach n	Abend-pause	Insgesamt Pause in der Schicht
13. Dez. 09	9 ⁰⁰ —9 ³⁰	11 ⁰⁰ —12 ⁰⁰	20 Min.	3 ⁰⁰ —3 ³⁰	1 St. 30 M.
14. Dez. 09	8 ⁰⁰ —9 ⁰⁰	12 ⁰⁰ —12 ⁰⁰		3 ⁰⁰ —3 ³⁰	1 „ 44 „
15. Dez. 09	9 ⁰⁰ —9 ³⁰	11 ⁰⁰ —12 ⁰⁰	20 Min.	2 ³⁰ —3 ⁰⁰	1 „ 27 „
16. Dez. 09	8 ⁰⁰ —8 ⁴⁵	12 ⁰⁰ —12 ⁰⁴		3 ⁰⁰ —4 ⁰⁰	1 „ 52 „
17. Dez. 09	9 ⁰⁰ —9 ³⁰	12 ⁰⁰ —1 ⁰⁰	40 Min.	3 ⁰⁰ —3 ³⁰	1 „ 8 „
18. Dez. 09	8 ⁰⁰ —9 ⁰⁰	11 ⁰⁰ —12 ⁰⁰	30 Min.	3 ⁰⁰ —3 ³⁰	1 „ 20 „

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, hatten die Walzwerkarbeiter an keinem Tage in der Woche die in der Bundesratsverordnung vorgesehene zweistündige Pause. Die Mittagspause, in welcher der Betrieb zwar durchweg 1 Stunde ruhte, wurde an 4 Tagen in der Woche zu einem großen Teil durch Vornahme von Reparaturarbeiten bedeutend eingeschränkt. Die Tagsschicht muß durchweg in jeder Woche zwei bis viermal in der Mittagspause Reparaturarbeiten verrichten. Die zweiten Ofenmänner büßen ständig von der Mittagspause 20 bis 25 Minuten ein. Sie stehen sich noch schlechter wie die Walzwerkarbeiter insofern, als ihre Arbeit morgens pünktlich 6 Uhr beginnt, während die Walzwerkarbeiter in der Regel erst 10—15 Minuten nach 6 den ersten Block vor die Walze bekommen.

Noch schlimmer wie vorstehend geschildert, liegen die Dinge in der Abteilung Walzwerk der Charlottenhütte in Niedersiefelben. Die regelmäßige Arbeitszeit ist dort von morgens 6^{1/2} bis abends 6^{1/2} Uhr. Damit aber nicht genug. Die Arbeiter müssen auch noch fast regelmäßig 2 Ueberstunden machen, also volle 14 Stunden im Betriebe zubringen. Selbst jugendliche Arbeiter zieht man zu diesen Ueberstunden heran. Aus den nachfolgenden Tabellen ist das nähere zu ersehen. In der Woche vom 6.

bis 11. Dezember 1909 hatten die in Rede stehenden Arbeiter folgende Pausen und Arbeitszeit:

Datum	Frühstücks-pause	Mittags-pause	Abend-pause	Gesamt-pause in ein. Schicht
6. Dez. 09	8 ⁰⁰ —8 ³⁰	12 ⁰⁰ —12 ⁰⁰	3 ⁰⁰ —3 ³⁰	1 Std. 10 Min.
7. Dez. 09	„ „	„ „	„ „	„ „
8. Dez. 09	„ „	„ „	„ „	„ „
9. Dez. 09	„ „	„ „	„ „	„ „
10. Dez. 09	„ „	„ „	„ „	„ „
11. Dez. 09	„ „	„ „	„ „	„ „

Datum	Ueberstunden Betrieb bis 8 Uhr 30	Ueberstunden für Reparaturen	Zusätzliche Stunden leisten
6. Dez. 09	2 Stunden		
7. Dez. 09	2 Stunden		
8. Dez. 09	2 Stunden		
9. Dez. 09	1 Std. 5. 7 ⁰⁰		2 Std. 5. 8 ⁰⁰
10. Dez. 09	2 Std. 5. 8 ⁰⁰		
11. Dez. 09		2 Std. 5. 8 ⁰⁰	

In diesem Betrieb müssen die Arbeiter also fast durchweg von 6,30 morgens bis 8,30 Uhr abends, mithin 14 volle Stunden im Betrieb anwesend sein, bei einer Gesamtpause von 1 Stunde 10 Minuten pro Tag. Und was das traurigste an der Sache ist, man zieht selbst jugendliche Arbeiter zu den Ueberstunden heran.

Abgesehen davon, daß dies gesetzlich unzulässig ist, muß es bei der schweren ungesunden Arbeit für jugendliche Arbeitskräfte höchst gesundheitschädlich wirken. Interessant wäre es, festzustellen, ob diese Ueberstunden der Jugendlichen auch in dem von der Bundesratsverordnung vorgeschriebenen Verzeichnis enthalten sind?

Wie wäre es, wenn Dr. Beumer in diesem Betrieb einmal eine Woche praktisch mitarbeiten würde? Ihm würde dann jedenfalls die Lust vergehen, solche Behauptungen mit ernster Miene aufzustellen, wie er es kürzlich über die Betriebsweise in den Blechwalzwerken behauptete.

Im Martinwerk der Charlottenhütte werden zwar für die die Ofenarbeiter die durch die Bundesratsverordnung vorgeschriebenen Pausen ziemlich eingehalten, dagegen gibt es aber für die Gasbocher in diesem Betrieb überhaupt keine Pausen. Beim Einnehmen der Mahlzeit lösen sich die betreffenden Arbeiter gegenseitig ab, sodaß dieselben also kaum Zeit zum Essen haben, geschweige denn an Pause denken können.

So sieht es mit der Durchführung der Bundesratsverordnung in den Siegerländer Hütten- und Walzwerken in der Praxis aus. Und so wie auf

Wenn ich an deiner Seite' geseßen
Und du erzählst vom heiligen Christ,
Von dem Palast im Meeresgrunde
Und von des Königs Thron;
Wie hat so gern gelauscht der Kunde
Dein kleiner Sohn, dein einziger Sohn!

Noch sieht er sich am Sarge der Guten, Getreuen
stehen, vom tiefsten Leid erfüllt:

Du warst erlöst von allen Schmerzen,
Mit Blumen warst du wie besät;
Mir aber war's, als wär' in Herzen
Mein Blumengarten abgemäht!

Adolf Silber fühlt sich verlassen, heimlos,
seitdem die Mutter von ihm gegangen. Sonst
wenn er in der Ferne weilte, zog es ihn mit tau-
send Fäden heimwärts zu der Teueren, die ihn
geboren. Nun, wenn er heimkehrt:

Nun sind' ich eine Stätte leer,
Und komm' ich aus der Ferne heim,
So grüßt mich keine Mutter mehr:
Ich bin zu Haus, doch nicht daheim.

An der Gruft seiner trefflichen Mutter Elisabeth
sang Ludwig Uhland wieder von unvergänglicher
Schönheit, wie das rührende:

Ein Grab, o Mutter, ist gegraben dir
An einer stillen, dir bekannten Stelle.
Ein heimlicher Schatten wehet hier,
Auch fehlen Blumen nicht an seiner Schwelle.

Auch P. Josef Staub hat der toten Mutter
einen poetischen Kranz gewunden und auf's schönste
Grab gelegt. Aus seines Lebens Garten ist mit ihrem
Heimgang die schönste Blume geschwunden; voll
Rehmut lag er:

Wenn ich den Namen Mutter höre,
Wie tut es tief im Herzen weh,
Da ich seitdem sie mir gestorben,
So einsam durch das Leben geh'.

Seitdem Ihr liebes Aug' gebrochen,
Mein hellster Lichtglanz unterging;
Und dunkel ist die Nacht geworden,
Als ob kein Stern am Himmel hing.

Seiner lebenden Mutter hat der gemüthvolle und
feinsinnige Dichter Hans Eschelbach das Hohen-
lied der Mutterliebe und Sorgen gesungen:

Mutter! Mutter! — wie Engelsang
Tönt mir dieses Wort mein Leben lang;
Wenn ich weinte und wenn ich lütt,
Meine Mutter sie weinte mit.

Wollten Gefahren und Schreden mir brohen,
Du meiner Mutter bin ich geflohen,
All meine Qualen, all meine Schmerzen
Drug ich vertrauend zum Mutterherzen.

Mutter! Mutter! — von Gott gesandt
Ward'st du ins dunkle Erdenland,
Um uns das Herz in Liebe zu rühren
Und um uns treu in den Himmel zu führen!

Und als die Mutter krank an's Welt gefesselt ist,
da kann ihn weder die weite Entfernung, noch Be-
rußarbeit, Naturschönheiten, noch die Liebe zu
der Auserwählten vom Krankenbett zurückhalten. Er
eilt hin zur Mutter und bekümmert voller Wehmut:

Gottlieb, treue Mutter!
Ich hab' dich oft gedrückt
Und unbedachtlich Sorge
Dir ins Herz gesenkt.

Ich war dein wilder Bube,
Der manchen Streich vollführte,
Du hast mich oft gescholten,
Du hast mich oft gerührt.

Du hast den wilden Knaben
Ans Mutterherz gepreßt,
Und wenn ich schwanzend irrte:
Du hieltst mich aufrecht fest.

Nun kannst du nicht begreifen,
Wie ich verändert bin,
Wie mir so ernst geworden
Der leichtbeschwingte Sinn.

Ja, Mütterchen, will gerne,
Dein Krankenwärter sein,
Wenn nur dein Auge leuchtet
In hoffnungsvollem Schein;

Seit jener Zeit, da müde
Dein Haupt auf's Lager sank,
Hab' ich nicht Rast noch Ruhe:
Mein Mütterchen ist krank!

Wir schließen die kurze Auslese mit der Schluß-
trophe des ergreifenden Gedichtes: Wenn du noch
eine Mutter hast, zu dem der Verfasser Wilhelm
Kaulisch offenbar durch das Bild seiner eigenen
Mutter begeistert worden ist.

Und hast du keine Mutter mehr,
Und kannst du sie nicht mehr beglücken,
So kannst du doch ihr junges Grab
Mit frischen Blumenkränzen schmücken.

Ein Muttergrab, ein heiliges Grab.
Nur dich die ewig heilige Stelle!
O wende dich, an diesen Ort,
Wenn dich umkostet des Lebens Welle!

bleiben beiden bedeutenden Mütten-Werken des Siegerlandes liegen die Verhältnisse vielfach auch anderswärts, und jedenfalls auch in anderen Revieren. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Zwar wird es damit wohl solange gute Weise haben, bis sich die Arbeiterschaft auf sich selbst besinnt, sich der Organisation anschließt und energig ihre Rechte verlangt. Eine Faust in der Tasche machen ist hier nicht das geringste. Für die Mütten- und Holzwerkarbeiter muß die Parole lauten: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband zur Wahrung unserer Rechte.

Heilbehandlung kranker Arbeiter.

Die Heilbehandlung von erkrankten Versicherten wird von den Invalidenversicherungsanstalten in immer größerem Maße betrieben. Auf Grund der §§ 18 bis 23 des Invalidenversicherungsgesetzes können die Versicherungsanstalten im Falle der Erkrankung eines Versicherten diesen in Heilbehandlung nehmen, falls dessen Erwerbsunfähigkeit als Folge der Krankheit zu befürchten ist. Das gleiche ist der Fall bei Invalidenrentnern, wenn in Aussicht steht, daß durch die Heilbehandlung dessen Erwerbsfähigkeit wieder hergestellt wird. Dabei steht es den Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden frei, die Kranken in Krankenhäusern, in Heilanstalten oder in Privatpflege unterzubringen. Die Pflichten der Krankenkassen werden hierbei auf die Versicherungsanstalten übertragen. Dafür haben dann die Krankenkassen Ersatz zu leisten und an die Versicherungsanstalten das treffende Krankengeld abzuführen. Die Versicherungsanstalten andererseits sind verpflichtet, den Angehörigen eines in Heilbehandlung genommenen Versicherten eine bestimmte Unterstützung zu zahlen, wenn bisher deren Unterhalt aus dem Arbeitsverdienst des Betroffenen bestritten worden ist.

Aus nachstehender Zusammenstellung ist ersichtlich, was durch die Reichsversicherung auf dem Gebiete der Heilbehandlung und der Krankenfürsorge in dem letzten Jahrzehnt geleistet worden ist. Es sind aufgewendet worden für Zwecke der

Jahr	Heilbehandlung durch die Invalidenversch.	Krankenfürsorge	
		von den Krankenkassen	von der Unfallversch.
1898	2 769 330	138 680 603	6 087 976
1899	4 056 975	157 957 503	6 439 420
1900	6 210 720	172 293 278	6 919 962
1901	7 912 219	180 458 218	7 765 632
1902	9 056 240	183 973 353	8 408 952
1903	11 501 205	198 771 841	8 809 081
1904	12 735 080	223 160 688	9 265 683
1905	14 448 005	253 007 513	9 662 584
1906	16 660 445	263 633 781	9 779 873
1907	17 954 706	297 997 545	10 181 060
1908	21 625 883	300 883 092	?

Fast die Hälfte aller 1908 in Heilbehandlung genommenen Versicherten war lungenkrank. Nach einer Statistik des Reichsversicherungsamts für die Jahre 1895 mit 1899 nimmt die Lungentuberkulose von den 28 Invaliditätsursachen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeiter aus dem Bergbau- und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden; mehr als die Hälfte an Lungentuberkulose.

Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen noch mehr als ein Drittel, 34 Tuberkulose auf Hundert männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren.

Im Jahre 1908 wurden 86 990 Versicherte durch die Invalidenversicherung in Heilbehandlung genommen. Davon waren 26 437 Männer und 12 288 Frauen in ständiger Behandlung. Der Aufwand hierfür betrug allein 14,8 Millionen Mark.

Zur Durchführung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande sind im Jahre 1908 an Frauenvereine, Krankenpflegestationen Beihilfen geleistet worden. Die Aufwendungen für diese Gemeindekrankenpflege betrugen 214 093 Mark.

An Krankenfürsorgevereine und Einrichtungen wurden zu demselben Zweck gegeben 248 805 Mk.

Behandlung Lungenkranke. In Krankenhäusern und anderen Anstalten wurden 695 Lungen-tuberkulose, davon 246 Frauen ständig behandelt. Die Zahl der in Heilanstalten für Lungenkranke ständig behandelten Kranken ist ständig gestiegen. 1904 betrug ihre Zahl 20 615, im Jahre 1908 dagegen 221; ein Drittel davon waren Frauen. Auch in Gell., Mineral-, Schwefel- und Moorbädern wurden Lungen-tuberkulose in ständiger Heilbehandlung genommen. 1908 waren es 1814 Männer und 1048 Frauen.

In Heilbehandlung wurden ferner genommen 491 geisteskrankte und 302 alkoholkranke Personen. Bei der ersten Kategorie waren es 68, bei der zweiten 3 Frauen.

In Waisenerziehungsstätten sind auf Kosten von Versicherungsanstalten 1391 Männer und 981 Frauen untergebracht worden; der Kostenaufwand betrug 133 267 Mark.

Zuballdenkmalpflege. In Invaliden- oder Siechenhäusern werden lungenkranke Rentnempfinger aufgenommen, von denen eine Heilung oder Besserung in einer Lungenheilstätte nicht mehr zu erwarten ist. Bis zum Schlusse des Jahres 1908 sind im ganzen 894 Männer und 214 Frauen in solchen Häusern untergebracht worden. 335 Männer und 82 Frauen sind wieder freiwillig ausgeschieden und sind meist zu ihren Familien zurückgekehrt; andere, weil sie nicht daran glauben konnten, daß sie so schwer lungenkrank sind.

Die Verpflegungskosten eines Kranken betragen in den Lungenheilstätten 3-6 Mark, in den Genesungshäusern 2-6 Mark pro Tag. Die jährlichen Gesamtkosten der eigenen Heilstätten der Versicherungsanstalten und Anstalten betrugen 1908 insgesamt 7 251 910 Mark, gegen das Vorjahr rund 2 Millionen Mark mehr. S. P.

Gewerkschaftliches.

Mansfeld - Rheinfelden.

Der Streik im Mansfeldischen Bergrevier, der leider mit einer völligen Niederlage der Arbeiter endete, hat infolge der Wichtigkeit mit der Bewegung in Rheinfelden, als auch in Mansfeld Militär mit Maschinengewehren aufgebildet und eine große Anzahl kämpfender Arbeiter nachher als „Streikführer“ vor die Gerichte zitiert und bestraft wurden. Ein „Landfriedensbruchprozeß“ steht noch bevor. Die Angelegenheit ist infolge einer sozialdemokratischen Interpellation am 18. Januar im Reichstag zur Sprache gekommen, wobei die sozialdemokratischen Redner (Sachs und Kuhnert) die heftigsten Angriffe gegen die Militär- und Zivilbehörden wegen ihrem Verhalten und Vorgehen im Mansfelder Streik richteten. Das ist der „Genossen“ gutes Recht und ihre Pflicht als Arbeiterführer, wenn sie die Grundrechte der Arbeiter und Bewegungsfreiheit ihrer Organisationen angefaßt und verletzelt glauben.

Von Seiten des Staatssekretärs Desbriard wie vom Kriegsminister wurden die Anträge und Beschlüsse der Sozialdemokraten als unbegründet zurückgewiesen. Das Vorgehen der Behörden und die Verurteilung des Militärs sei wegen der drohenden Haltung der Streikenden und tatsächlich vorgenommenen Ausschreitungen im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig gewesen. Und die Scharfmacher, zu deren Sprachrohr im Reichstag sich außer dem Abg. Arendt und Vogel sich bezeichnenderweise auch der Berliner Reichstags-Druckherberg, Bekaupten der Streik sei vollständig unberechtigt gewesen. Die Arbeiter seien von sozialdemokratischen Agitatoren verhetzt und ins Unglück hineingetrieben worden. Der Streik sei nur aus politischen Motiven in der frivollsten Weise von den Sozialdemokraten angestiftet worden, um den umstürzlerischen Ideen dieser Partei unter den bisher reichsrenten Mansfelder Bergbauern Eingang zu verschaffen. Die einzig Schuldigen an diesem unheilvollen Streik seien die sozialdemokratischen Führer, die namenloses Elend über die Mansfelder Bevölkerung gebracht hätten. Daß den Streikenden Terrorismus, Gewalttätigkeit und Mißhandlungen von Arbeitsunfällen vorgeworfen wird, sei als lächerliches Gegenstück zu Rheinfelden ebenfalls erwähnt.

Wir lehnen es natürlich als ehrliche Menschen ab, derartige Beschuldigungen und die diesbezüglichen „amtlichen“ Akten, oder staatsanwaltliche Behauptungen und gerichtliche Urteile aus den Mansfelder Streikprozessen gegen die sozialdemokratischen Organisationen auszuschlachten, da uns solche Waffen nicht blank genug sind.

Nicht so die Sozialdemokratie! Im Kampf um Rheinfelden steht dieselbe Sozialdemokratie auf Seiten der Behörden, Staatsanwälte usw., die in Mansfeld den erbittertesten Kampf gegen Behörden, Gerichte und Staatsanwalt führt. Im Fall Rheinfelden liefern Sozialdemokraten dem Staatsanwalt und Gericht das Material - wenn auch nur indirekt - um über arme Streikführer zu Gericht zu sitzen. Im Anschluß an den Rheinfelder Streikprozeß heuten sozialdemokratische Agitatoren und ihre ganze Presse die Reden des Staatsanwalts und andere „amtliche“ Schriftstücke gegen Arbeiter, also gegen eigene Klaffgenossen aus. Und in der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ wird der Staatsanwalt von Waldshut sogar noch öffentlich belobt; derselbe Staatsanwalt, der den Kampf der erbärmlich entlohnten Aluminiumarbeiter als ungerecht und ihre beschiedenen Forderungen als unerfüllbar abzutun mußte.

Ob dieses beschämende Gegenstück zum Kampf in Mansfeld den sozialdemokratischen Rednern nicht von selbst in Erinnerung gekommen ist, als sie ihrer Entrüstung im Reichstag Luft machten? Denn es muß jedem Anhänger der Sozialdemokratie doch verständlich sein, wenn man in Mansfeld mit den denkbar schärfsten Waffen gegen Staatsanwalt und Behörden zu Felde zieht, in Baden aber Hand in Hand mit denselben Faktoren gegen andere Arbeiter auf dem Kampfplatz steht. - Im „Vorwärts“ Nr. 10 befindet sich bezw. Mansfeld folgender Entrüstungsschrei:

„Erbaumungslos müht sich die Justiz des Klassenstaates im Mansfelder Revier. Fast Tag um Tag sitzen die Hüter der „Gerechtigkeits“ über Streikführer und Streikführerinnen zu Gericht, um ihnen darzutun, welche eine treffliche Sache es ist, der sie als „Reichstreuer“ huldigen. Die Staatsanwälte des Gießener Gerichts reichen nicht mehr aus, um alle die „Fälle“ durchzuarbeiten, die Sallesche Staatsanwaltschaft muß einspringen. Und sie jendet ihre „besten Kräfte.“

Schade, daß Waldshut in Baden und nicht in Preußen liegt, sonst hätte vielleicht auch der Kronzeuge der „Metallarbeiter-Zeitung“, der Herr Borhsitzer und Konforten, nämlich der Reichshüter Staatsanwalt zur Unahilfe der Mansfelder Streikjustiz herangezogen werden können, der gemäß dem anerkanntem Lob der „Metallarbeiter-Zeitung“ „Verständnis für die Ursachen der Empörung der Arbeiter“ an den Tag gelegt haben soll. Wie würde wohl das Urteil der sozialdemokratischen Redner und Blätter über diesen Staatsanwalt lauten, wenn der in Mansfeld gegen sozialdemokratische Arbeiter so vorgegangen wäre, wie es in Waldshut gegen christliche Arbeiter geschehen ist?

Die Antwort darauf ist für einen Blöden mit den Händen zu greifen. Hier würden sie mit Berferretwut gegen ihn toben und anklagen, während sie ihn jetzt als freiwillige Eideshelfer unterstützen und öffentlich belobigen. In Mansfeld geht eben gegen sozialdemokratische Arbeiter, in Rheinfelden aber gegen christlich organisierte Arbeiter. Das ist der „kleine“ Unterschied.

Diese verwerfliche Doppelmaral in der Sozialdemokratie, die schmachtvolle Arbeiterverräterei der sozialdemokratischen Heher in Baden und deren Judasdienste im Sinne der Streikjustiz soll mit dieser Nebeneinanderstellung von Mansfeld und Rheinfelden gebührend an den Pranger gestellt sein. Dieses Denkmahl der Schande von Rheinfelden wird der arbeiterverräterischen Sozialdemokratie noch oft in den Ohren klingen.

„Berliner“ Maßlosigkeiten.

Den treibenden Kräften von Ely Berlin ist wieder einmal Heil widerfahren. In einem Artikel der „Rhein-Westf. Jg.“, der eine Unterredung eines Redakteurs genannter Zeitung mit dem Kollegen Effert vom Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter wiedergibt, glauben die Berliner Herren eine schnellbige Waffe für ihr Verheerungs- und Denunziantensystem gegenüber den christlichen Gewerkschaften gefunden zu haben. Der Berliner „Auch-„Arbeiter“ (Nr. 3) fällt wie ein Heißhungeriger über den „saftigen“ Brocken her und verschwendet in einem halb zwei Seiten langen (stümpfartigen) Beitrage seine ganze Antistreibweisheit, um mit ungeheurer viel Sperr- und Fülldruck vor den „gewalttätigen“ Streikorganisationen im allgemeinen und den christlichen Gewerkschaften im besonderen gruselig zu machen. Zur Ehre der großkapitalistischen Scharfmacherpresse und zur Schmach für die Berliner Aucharbeiterbewegung muß die Tatsache festgestellt werden, daß kein Scharfmacherblatt diese Angelegenheit in einer solch arbeiterfeindlichen Weise kommentiert und ausgeschlachtet hat, wie das Organ von Ely Berlin, das sich aber dreist und keck „Arbeiter“ zu nennen beliebt. Die Herzen Tausender katholischer Arbeiter müssen sich in Weh und Scham zusammenkrämpfen, daß Glaubens- und Parteigenossen sich in solcher Weise entwickeln konnten und heute ihre Frontstellung stets zugunsten des Scharfmacher-tums gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft einnehmen. Da sind die Gelben wirklich ehrlicher und menschlicher, da sie aus ihrer Judasmission kein Hehl machen und wenigstens Kirche und Religion mit ihrer Arbeiterverräterei nicht verquiden und deshalb auch weniger Verwirrung und Unheil im christlichen Lager anrichten können.

In seinem neuerlichen Verbächtigungsatikel greift der Berliner „Arbeiter“ zu dem unehrlichen Trick - eine ehrliche Kampfesweise ist man ja bei Ely Berlin nicht gewohnt -, die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung für die erwähnten Ausschreitungen des Kollegen Effert verantwortlich, ja sie als feststehende Pläne und als Programm der christlichen Gewerkschaften zur Unterlage für seine Verheerungen und grotesken Uebertreibungen zu machen. Nun hat aber Kollege Effert garnicht im Namen der christl. Gewerkschaften, nicht einmal im Namen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter gesprochen, sondern nur seine eigenen persönlichen Ansichten über die Situation im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zum Ausdruck gebracht. Außerdem sind die Aeußerungen Efferts von dem eingangs erwähnten Blatt zum Teil unrichtig wiedergegeben, wie im „Bergknappen“ nachträglich mitgeteilt wurde. Ehrliche Gegner verschmähen es, für die Aeußerungen einzelner sofort eine ganze Richtung verantwortlich zu machen; der „Arbeiter“, Ely Berlin, aber betreibt diese Art der Kampfesweise mit Vorbedacht, bei ihm ist's zum System geworden. - Mit welcher maßlosen geradezu komisch wirkenden Uebertreibung der Berliner „Arbeiter“ seine denunziatorische Verheerung betreibt, davon nur eine Stichprobe aus seinem Bandwurm in Nr. 3:

„Was nach den Ausführungen Efferts die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften nebst ihren Verbündeten beabsichtigen, ist nichts anderes als der Weltbrand.“

Die vollständige Lahmlegung des gesamten Gewerbes sowie der gesamten Industrie führt letzten Endes unbedingt zum wirtschaftlichen Chaos, damit zur Anarchie und zur Revolution...“

Suhu! Man vermeint die schlotternde Angst im Gebein der Herren von Ely Berlin zu spüren, wenn man diesen gruseligen Angstschrei vernimmt. Hoffentlich werden sie nicht auswandern in friedlichere Gefilde, wo es keinen Streik mehr gibt, denn wer sollte dann die angemessene Rolle als Zionwächter der kirchlichen Moral und als Eideshelfer des Scharfmacher-tums mit solchem Geschäft weiter spielen, wie es die Berliner Regisseure bisher verstanden haben.

Und daß die Berliner die Rolle der Arbeiterverräter systematisch weiter spielen wollen, kündigt der „Arbeiter“ in demselben Artikel wiederholt an, u. a. auch wörtlich mit folgenden Ausführungen:

„Es ist gut, daß Herr Effert noch rechtzeitig die Pläne der vereinigten (?) sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften enthüllt hat. So kann die katholische Arbeiterorganisation demgegenüber dort ihre Vorbereitungen treffen, wo sie einen ausschlaggebenden Einfluß in den Bergrevieren mit ausübt.“

Mit andern Worten: So kann Ely Berlin für den bevorstehenden Kampf der Bergarbeiter um die Freiheit des Arbeitsvertrags den Streikbruch und Arbeiterverrat von langer Hand vorbereiten. - Echt „Berliner“ System! Unerschöpfliche „Berliner“ Moral! Und das nennt sich immer noch „Arbeitervertretung“! Und daß der Berliner „Arbeiter“ im selben Artikel den Staat alarmiert, die Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen - Ely Berlin sagt konsequent und beharrlich: Streikorganisationen - durch Ausnahmegesetze einzuschränken, vervollständigt das Bild dieser traurigen „Auch-„Arbeiter“-Organisation.

Mag „Ely Berlin“ nun weiter verbächtigen und betelern, die Herren Nachabteilungsführer entlassen sich dabei selbst immer mehr und verlieren jegliches Vertrauen in denkenden und selbstbewußten Arbeiterkreisen. Für die Verwirrung und den unerwünschten Schaden aber, den sie im christlichen Lager anrichten, haben sie allein die Verantwortung zu tragen.

Christliche Gewerkschaften und Generalstreik.

Unter dieser Ueberschrift macht die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ zu der in der vorstehenden Notiz behandelten Angelegenheit folgende Ausführungen: Den Herren von „Sich Berlin“, die immer auf der Lauer liegen, ist wieder ein Happen zugefallen. Einer der Sekretäre des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute, Effert, der Vorsitzende der eingeschlafenen Siebenerkommission, hat ihnen den Gefallen getan, sich von einem Korrespondenten der „Rhein-Westfälischen Zeitung“ auszufragen zu lassen. Dabei soll er Blättermeldungen zufolge sich also geäußert haben:

„Man habe jetzt die Hoffnung allgemein unter den Bergarbeiterführern aufgegeben, daß etwas mit Güte von den Bechenbesitzern zu erlangen sei. Die Dichtung, die zum Verhandeln mit den Arbeitern geneigt gewesen wäre unterlegen. Allgemein herrsche die Ueberzeugung unter den Bergarbeitern, daß der Kampf, der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein kommen werde und kommen müsse. Wann man freilich zum Ausstand übergehen werde, das ließe sich vor der Hand noch nicht bestimmen. Von dem zu erwartenden Ausstand versprechen sich die Führer der Bergleute tiefgehende Ueberlegungen. Der Schlag soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe, die ganze Industrie lahmgelegt werde. Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unter der Hand Verhandlungen angeknüpft werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützungen gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen. . . . Dann, so hofft man in den Bergarbeiterkreisen, nimmt auch jene Bewegung unter maßgebenden Persönlichkeiten zu, die schon jetzt unter den großen Parteien des Reichstags nicht wenige Anhänger zählt: die Bestrebung nach Verstaatlichung der Gruben. Man erwartet, daß in diesem Moment die Regierung einschreiten wird.“

Effert bestreitet, sich in diesem Sinne geäußert zu haben. „Sich Berlin“ natürlich hat nicht erst zu fragen, ob der Berichterstatter des Unternehmerblattes richtig gehört hat oder nicht, braucht sich keine Rechenschaft darüber abzugeben, ob ein Arbeiterführer, selbst wenn er derartige denken würde, überhaupt so eselhaft sein könnte, es einem Zeitungskorrespondenten auf die Nase zu binden; nein, „Sich Berlin“ glaubt alles und — holt zum vernichtenden Schlage aus. Nicht gegen Effert etwa, nein, gegen das — System, gegen die christlichen Gewerkschaften. In einem fünf Spalten langen Artikel quetscht der Berliner „Arbeiter“ die Zitrone aus. Unsere Leser kennen seine Art in der Verurteilung solcher „Fälle“. Zum ersten muß alles wahr sein, was Effert in den Mund gelegt wird; zum andern muß Effert zu einer führenden Persönlichkeit im christlichen Lager überhaupt aufgepußt werden: dann wird weiter geschlossen, daß er im Namen der christlichen Gewerkschaft geredet hätte und deren Meinung wiedergegeben habe; dann wird nachgewiesen, wie unmoralisch und unchristlich die Prinzipien dieser Streikorganisationen überhaupt sind: dann folgt als einzige Rettung aus aller Not das — Berliner Programm. Diese ebenso naive wie durch und durch verleierte Art haben wir im Laufe der Zeit so betrachtet gelernt, daß wir unsere Leser mit weiteren Zitaten nachweisen aus diesem Machwerk des Berliner „Arbeiter“ verschonen wollten. Wir stellen nur fest: Was Effert auch immer geredet haben mag, im Namen der christlichen Gewerkschaften hat er nicht gesprochen. Dazu hatte er auch gar keine Berechtigung. Einer Briefkastennotiz im „Bergrappen“ zufolge hat er auch nicht im Namen der christlichen Bergleute und ihres Gewerkschaftsvereins gesprochen. Die letzte Nummer (3, 1910) des Organs des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute schreibt nämlich im Briefkasten:

„An mehrere Kamerad Effert hat selbstverständlich bei der Unterredung mit dem Redakteur der „Rhein-Westf. Btg.“ garnicht mit einem politischen Massenstreik der Bergarbeiter gedroht. Er konnte das schon deshalb nicht, weil ja derartige Bestrebungen unserm Programm und unseren Zielen direkt zuwiderlaufen. Aber selbst wenn Effert, was ja nicht der Fall ist, wirklich so etwas gesagt hätte, so könnte man deshalb den Gewerkschaften noch immer nicht verdächtigen, er sei nicht neutral und verfolge politische Ziele, denn Effert gab, wie er selbst sagte, doch nur seiner eigenen persönlichen Meinung Ausdruck, und sprach nicht im Namen der Gewerkschaftsleitung. Programmatrische, den Gewerkschaften bindende und verpflichtende Erklärungen werden vom Zentralvorstand unterzeichnet.“

Die Gewerkschaftsleitung hätte jedenfalls richtiger getan, diese selbstverständliche Erklärung namens des Vorstandes im Textteil des Bergrappens wiederzugeben, nicht der Herren um „Sich Berlin“ wegen, sondern weil sich auch ernste, sozialpolitische Blätter durch die Ausführungen über die Effert'sche Rede haben beunruhigen lassen. So schreibt beispielsweise die „Soziale Praxis“ (Nr. 15), nachdem sie die Blättermeldungen über das Effert'sche Interview wiedergegeben:

„Wichtige Kriegspläne pflegt man dem Gegner nicht zu verraten. Vermutlich liegt dieser Kundgebung die tatsächliche Absicht einer Einwirkung auf die Bechenbesitzung zu Grunde. Indessen wird wobei übersehen, welcher Eindruck durch solche demonstrativen Verlautbarungen auf die neutrale öffentliche Meinung hervorgerufen wird. Und dieser wird unserer Erachtens nicht so beschaffen sein, daß die Sympathien für die Bergleute wachien. Die Drohung mit Generalstreik und Lahmlegen

der ganzen Industrie, die Vermischung politischer Motive und die Heranziehung des Auslandes sind schwerlich geeignet, den Bergleuten die moralische Unterstützung und den tätigen Beistand zu sichern, den sie zu haben wünschen und wünschen müssen, wenn ihre Sache Erfolg haben soll. Man erinnere sich nur, welche üblen Folgen der Massenstreik der Bergarbeiter im Jahre 1905 für sie gehabt hat. Solche ethischen Momente sind von der größten Bedeutung, die kein Arbeiterführer ungestraft außer acht lassen darf. Denn noch niemals ist ein großer Kampf für die Arbeiter gewonnen worden ohne die Unterstützung der neutralen Volksgenossen, im Gegenteil, jeder Massenstreik ist ohne diese Sympathie von vornherein verloren.“

Es wird keinem christlichen Gewerkschaftsblatt einfallen, den Wahrheitsgehalt dieser Auffassung der „Sozialen Praxis“ auch nur in einem Wort in Frage zu ziehen. Die zuständigen Instanzen der christlichen Gewerkschaften werden ganz selbstverständlich in diesem Sinne sprechen und — „Sich Berlin“ wird auch dieses Fell wegschwimmen.

Der Reichstarif für das Malergewerbe

ist Wirklichkeit geworden. Nachdem die Unparteiischen den Schiedspruch am 8. Jan. in der Lohnausgleich-, Arbeitszeit- und Lohnfrage gefällt, lag es den einzelnen Vertragsparteien (Arbeitgeberverband, sozialdemokratischer, Grlsch-Dunderscher und christlicher Malerverband) ob, eine Entscheidung ihrer Mitglieder herbeizuführen und bis zum 15. Januar cr. eine Erklärung über Annahme oder Nichtannahme der Schiedsprüche an die Herren Unparteiischen in Berlin abzugeben. Diese Erklärungen sind nunmehr erfolgt. Sämtliche Vertragsparteien haben mit Mehrheit den Schiedsprüchen zugestimmt und hat demnach der Reichstarif für das Malergewerbe ab 16. Januar 1910 Geltung.

Das Maler- und Anstreichergerwerb ist somit vor einem schweren Kampfe bewahrt geblieben und hat für mehrere Jahre wieder gewerblichen Frieden und wirtschaftliche Sicherheit. Ein Vorteil für beide Teile.

Ein gerichtlich enlarvte sozialdemokratische Agitationslüge.

Weim vorigjährigen Streik der Zeitungsträgerinnen am Pforzheimer Generalanzeiger hat der Gauleiter Reinmüller vom sozialdemokratischen Transportarbeiterverband die Verleumdung ausgeübt, der christliche Hilfsarbeiterverband, wie das christliche Gewerkschaftsblatt in Pforzheim hätten Streikbruch und Streikbrechervermittlung betrieben. Die Behauptung ging dann durch den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald. In einem Flugblatt des christlichen Gewerkschaftsartikels wurde diese Agitationslüge mit scharfen Worten zurückgewiesen, wodurch Herr Reinmüller sich beleidigt fühlte und gegen den christlichen Kartellvorsitzenden Frank Privatbeleidigungsklage anstregte. Letzterer erhob Widerspruch und am 16. Januar fand die Gerichtsverhandlung statt, die für den soziald. Gauleiter Reinmüller einen blamablen Ausgang nahm.

Frank wurde zwar wegen formaler Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Er sei mit seiner Ausdrücken zu weit gegangen. Und da die Sache öffentlicher Natur sei, hätte er bestraft werden müssen. Wohl habe Frank in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, denn an der ganzen Streikbrechergeschichte sei nichts.

Der „Genosse“ Reinmüller wurde aber zu 55 Mark Geldstrafe verurteilt. Es sei erwiesen, daß er das Kartell nicht nur in den Zeitungen genannt, sondern auch in der fraglichen Versammlung. Eben weil an der ganzen Streikbrechergeschichte nichts wahres sei, mußte sich Herr Frank als Geschäftsführer des Kartells beleidigt fühlen. Auch sei Frank von Reinmüller persönlich beleidigt worden. Die Beschuldigung der Streikbrecherei sei ein schwerer Vorwurf.

Die Kosten hat jeder zur Hälfte zu tragen. Auch steht jedem die Befugnis zu, das Urteil auf Kosten der Gegenpartei in 3 Zeitungen zu veröffentlichen.

So wurde vor Gericht festgestellt, daß für den ganzen sozialdemokratischen Verleumdungsfeldzug gegen die Christl. Gewerkschaften auch nicht der geringste Beweis zu erbringen war. Man muß staunen über die Leichtfertigkeit mit welcher der verurteilte sozialdemokratische Gauleiter damals handelte. Er hat seine Strafe sicher nicht unverdient erhalten. Anders liegt es unseres Erachtens mit der Bestrafung des Kollegen Frank. Das Gericht hat zu wenig berücksichtigt, daß Herr Reinmüller die ganze Sache leichtfertig angezettelt hat, und daß Frank durch die sozialdemokratischen Anreizungen in Wort und Schrift provoziert wurde und gezwungen war zur Verteidigung. Reinmüller hätte sich seiner Handlungen bewußt sein müssen, denn wenn ein Mann auf so verantwortungsvollem Posten steht, mußte er sich der Tragweite seiner Handlungsweise bewußt sein. Bei Frank handelte es sich um einen einfachen Arbeiter, der im Nebenamt die Geschäftsführung des Kartells der christlichen Gewerkschaften führt und durch sein Ehrgefühl zur Zurückweisung solcher schwerer, nicht beweisbarer Beschuldigungen getrieben wurde und wenn er sich auch in der Wahl seiner Ausdrücke vergriff so muß die Strafe von 50 Mark doch als zu hoch bezeichnet werden.

Das ändert an dem Reinfass Reinmüllers allerdings nichts. Er setzt erst die Verleumdung in die Welt, läuft dann auch noch zum Rabi und wird am höchsten bestraft. — Ob wohl ein einziges der vielen sozialdemokratischen Blätter ehrlich genug sein wird, die von ihm damals weiterverbreitete Verleumdung zu widerrufen? — Fällt ihnen gar nicht ein, denn sie lägen freisch braun los und denken, etwas bleibt doch hängen.

Die „Berliner“ im Westen.

Der christlichen Textilarbeiterzeitung, Nr. 3, wird folgendes geschrieben: Die „Berliner“ machen erneut Versuche, auch im Westen Fuß zu fassen. Sie haben früher mal schon ihre Neze ausgeworfen, aber es hat sich wohl keiner in den Massen derselben versangen. Seiner Zeit hieß es auch mal, die „Berliner“ gebähten in Köln einen Arbeitersekretär anzustellen, der systematisch den Westen bearbeiten und namentlich den gehen im und offenen Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften führen sollte. Es ist nicht zur Ausführung gekommen, wohl, weil man die Auslosigkeit einer Arbeit im berlinerischen Sinne für den industriellen Westen, wo die Gewerkschaftsarbeit der evangelischen und katholischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften so außerordentlich schöne Erfolge gezeitigt hat, einsehen mochte.

Nun scheinen die „Berliner“ ihre Werbetätigkeit in diesem Bezirke erneut aufnehmen zu wollen. Jedenfalls halten sie die jetzigen Verhältnisse für geeignet, ihre unheilvolle Zersplitterungsarbeit erneut im Westen zu betreiben. Wie uns mitgeteilt wird, hat die „Berliner“ Zentralsektion an viele katholische Arbeitervereinspräsidenten des Westens Agitationsmaterial gesandt. Wir sind uns keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß auch diese Versuche für die „Berliner“ ein klägliches Resultat zeitigen werden. Die Arbeiterschaft des Westens, soweit sie christlich gesinnt ist, sieht in den christlichen Gewerkschaften ihre berufene Interessenvertretung und ist nicht gewillt, den unsinnigen Theorien der Fachabteiler — hoppel unfinnig mit Rücksicht auf die professionellen, gewerblichen und politischen Verhältnisse des Westens — nachzugehen und sich damit jedweder Macht und jeglichen Einflusses in gewerblichen und gewerkschaftlichen Leben zu begeben. Wenn es den Sozialdemokraten mißlungen ist, die religiös-gläubige Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben zur Ohnmacht zu bringen, dann ist das der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Geschäften und einschreibenen Arbeit, die auf dem Zusammengehen von Katholiken und Protestanten beruht, zu verdanken. Das weiß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum und namentlich auch der Klerus zu schätzen. Wo ist so frisches katholisches Vereinsleben wie im Westen? Wo die christlichen Gewerkschaften dominierend sind. Hat die westdeutsche Arbeiterschaft nicht in jeder Hinsicht stets ihre Pflicht getan? Hat sie nicht auch den schlimmsten Anstürmen in politischer und kirchenfeindlicher Hinsicht getreu standgehalten, standgehalten, trotz der geradezu beispiellosen Bekämpfung, die sie zu bestehen hat, und die nur die zu würdigen wissen, die die hiesigen Verhältnisse kennen? Wo liegt die schädliche Wirkung, die die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in irgend einer Hinsicht gezeitigt haben könnte? Der westdeutsche Verband der katholischen Arbeitervereine hat sich wiederholt rückhaltlos für die christlichen Gewerkschaften gegen die Fachabteilungsbewegung ausgesprochen. Das sollten die „berufenen Wächter der geistlichen Autorität“ doch respektieren!

Wir schreiben dieses nicht, weil wir befürchten müßten, daß die Eindringungsversuche der „Berliner“ nennenswerten Erfolg haben würden. Wir wollen nur zeigen, in welcher frechen, unverantwortlichen Weise die Drahtzieher von „Sich Berlin“ den Crispel unter die Arbeiterschaft zu werfen versuchen. Sollte von irgend einer Seite den Einwirkungen der „Berliner“ ernsthaft nachgegeben werden, so würde diese nur Konflikte erleben, die für sie ein ganz blamables Ende nähmen. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die es auf einen Versuch ankommen lassen möchten.

Grabe gelbe Kinder.

Der „reichstreue“ (vaterländisch-gelbe) Arbeiterverein zu Gültrow i. M., hatte anlässlich einer Weihnachtsfeier mit einem Generalmajor z. D. folgenden Depeschenwechsel, der auch als bloße Höflichkeitformel nicht einmal gefallen kann:

Dem Vater der reichstreuen Arbeiter Mecklenburgs jendet Dank und Gruß der Verein reichstreuer Arbeiter Gültrow. Gz. Krüger, Pieplow.

Worauf der „Vater“ zurückdrachte:

Meinen treuen Kindern herzlichen Dank für freundlichen Gruß. Wir halten fest zusammen in Not und Gefahr.

Solange die von den gelben Vaterlandsrettern (sowie gepriesene „Steifnädigkeit“ (Deutsche Lrru 1908 S. 219) und ihr Manneftolz vor Generalsstiefeln solche „steifnädige“ Großpaten auslöwen, brauchts den mecklenburgischen Scharfmachern nicht angst zu werden. Schlaft Kinder schlaf, der „Vater“ hüt't die Schaf!

Aus dem Unternehmerlager.

Die Unternehmer Süddeutschlands sind unablässig am Ausbau ihrer Organisationen tätig. Die Köln. Volkstz. vom 18. Januar d. Jahres berichtet unter dem Titel: *Verhandl. zw. d. deutschen Industrie. I. r.* Bei der vom Verbande Süddeutscher Industrieller ins Leben gerufenen Organisation der süddeutschen Industrie hatte es sich aus organisatorischen Gründen als zweckmäßig erwiesen, daß sich die industriellen Württembergers zu einem besonderen Landesverbande unter

dem Namen Württembergischer Industrieller-Verband zusammen geschlossen. Es ist nunmehr von dem genannten beiden Verbänden, welche beide dem Bundes der Industriellen in Berlin angegliedert sind, beschlossen worden, sich künftig zu benennen: Verband Südwestdeutscher Industrieller (Verband Württembergischer Industrieller, Sektionen Rheingebiet, Rhein- und Elbgebiet, Sektoren Elb- und Ostsee) und Verband Württembergischer Industrieller (Württemberg und Hohenzollern) Stuttgart.“

Die Industriellen rufen ohne Unterlass, aber ein großer Teil der Metallarbeiter verharren in ständiger, folgenschwerer Ungerechtigkeit. Andere lassen sich durch gelbes Fuderwerk einmischen und geben ihre Arbeiterrechte wie Ständebesitzungen preis. Dagegen haben die weiterbildenden und rechtsdenkenden Arbeiter eine desto bedeutungsvollere Mission zu erfüllen, nämlich die Gleichgültigen zu interessieren, die Schlafenden aufzurütteln und die Irreführten wieder auf den rechten Weg zurückzuführen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Esseldorf. Die bei der Esseldorfer Eisen- und Draht-Industrie beschäftigten Reparaturschlosser und Dreher haben gemeinsam die Kündigung wegen rigoroser Bestrafung eingereicht. Von dem Direktor des Werkes wurde eine heimliche Kontrolle durch den Fabrikportier angeordnet, welche die betroffenen Arbeiter nicht dulden wollten. Es ist in der Werkstätte ein Betriebsmeister aufgewesen, der den ganzen Tag über die Leute streng beaufsichtigt. Trotzdem wurde die Kontrolle durch den Portier auch noch eingeführt, infolge dessen Tätigkeit neun Arbeiter wegen zu später Aufnahme der Arbeit mit je 1,00 M. Strafe belegt wurden. Die beteiligten Arbeiter haben durch diese Maßregel den Weg zur Organisation gefunden und sich größten Zeils unserem Verband angeschlossen. Zugang ist strenge fernzuhalten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Sattlingen a. d. Murr. Ueber die Eisen- und Stahl-Gießerei der Henrichshütte in Sattlingen ist die Sperre verhängt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 30. Januar 1910 der fünfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Januar bis 6. Febr. fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus Württemberg erhalten wir folgende Zuschrift: Die Großmannsucht der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsführer kennt keine Grenzen. Ob bei ihrer Wichtigkeit die vitalsten Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten werden, das kümmert es sie. Hielt da der „Bruder Schmied“ eine Eisenarbeiter-Konferenz, bei welcher Gelegenheit er sich auf seine Verdienste um die Eisenarbeiter etwas zugute tat. Hauptächlich sind es die Verhältnisse der Eisen- und Bilbleisen-Fabrik in Neuenburg, einer württembergischen Oberamtsstadt unweit Pforzheim, die zu lebhaften Erörterungen Anlass gaben. Flugs legt sich einer von der „Metallarbeiterzeitung“ auf seinen Seitenboden — wir glauben ihn zu kennen unter der Firma F. B. — und sucht dem Schmiedeverband seine Verdienste um die Neuenburger Eisenarbeiter fröhlich zu machen. Nicht dem Schmiedeverband, sondern dem sozialdem. Metallarbeiterverband und dessen Strategen hätten die Eisenarbeiter es zu danken, daß die Verhältnisse des Neuenburger Betriebes der Öffentlichkeit übermittelt wurden; durch einen Prozeß, dessen Akten man als Broschüre im Jahre 1909 veröffentlichte und ähnliches mehr, habe man die Öffentlichkeit auf jenen Betrieb aufmerksam gemacht. Daraus sei die Priorität dem sozialdem. Metallarbeiterverband zuzurechnen. Fertig ist die Laube.

Wir können es uns nicht versagen, ihnen diesen Glorienschein herunterzureißen. Denn nicht der Schmiedeverband, nicht der Arbeitersekretär Fischer, am allerwenigsten der Stuttgarter Metallarbeiterverband war es, der zuerst für die bedrückte Lage der Neuenburger Eisenarbeiter eingetreten, sondern der christliche Metallarbeiterverband ist es gewesen, der schon im Jahre 1905 in seinem Organ Nr. 14 auf die Verhältnisse hinwies und zugleich die in Frage kommende Behörde auf die in jenem Betriebe vorherrschenden Mißstände aufmerksam machte.

Dann dürfte der sozialdem. Metallarbeiterverband aber auch aus praktischer Erfahrung bald wissen, daß den Arbeiterinteressen mit der Herausgabe einer Broschüre nicht genügend gedient ist. Im Jahre 1898 gab der sozialdem. Verband schon einmal eine Broschüre über die Verhältnisse der Uhrmacher des Schwarzwalbes heraus. Damals dankten die Arbeiter des Schwarzwalbes, nun merken aber bessere Zeiten kommen, das Morgenrot einer besseren Zukunft winkt uns bereits. Doch es vergingen noch Jahre darüber hinweg; ja als im Jahre 1906 es ernstlich galt, lebte der sozialdem. Verband ein gemeinsames Vorgehen aus dem wichtigsten Gründen in drüster Ab- zu Triebgäuben die Genossen haben, die...

den Christlichen sogar in den Rücken. Vorhölzer hat den wahren Sinn des Anspruchs am 6. Nov. 1906, ob auf dem Schwarzwalde eine Bewegung geführt werde, darüber befohle er und niemand anders. Als er dann im Jahre 1907 in Schwemmlingen Gelegenheit fand, seiner Großmannsucht freien Lauf zu lassen, holte er sich eine solche Schlappe, daß seine Leute heute noch darunter zu leiden haben. Um dieselbe Zeit schrieb der Handelskammersekretär Dr. Ruchel in seinem Jahresbericht von 1906: Seitdem sich der Uhrmacherverband des Schwarzwaldes mit dem christlichen Metall- und Holzarbeiterverband verschmolzen habe, würden sich Bestrebungen geltend machen, die darauf abzielten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben und zu verbessern.

Also nicht die Broschüre des sozialdem. Verbandes war Ursache, wenn sich die Verhältnisse der Uhrmacher dort hoben, wo die christlichen Organisationen als maßgebender Faktor in Frage kamen, sondern der erfrischende Wille und Eifer der christl. Gewerkschaften, das Vorgehen mit allen erlaubten Mitteln zum Wohle der Arbeiter durchzuführen. Währenddessen verpöhlten die sozialdem. Verbandsführer in ihrer Großmannsucht die Stunde, treten die Interessen der Schwarzwalder Uhrmacher mit Füßen; einmal, daß sie ein gemeinsames Vorgehen bräut ablehnten, dadurch die Fabrikanten in ihrem Widerstand bestärkten, ihnen mit anderen Worten den Rücken stießen und hernach, als es hart auf hart kam, dem Ganzen die Krone aufzusetzen, indem sie den Christlichen, „trotz des von Vorhölzer öffentlich gegebenen Ehrenwortes, mitzutreten, schwebte in den Rücken stießen und den schimpflichsten Arbeiterverrat begingen. Wenn die Verhältnisse auf dem Schwarzwalde sich teilweise wieder etwas erholten, so muß das einzig und allein dem oben gekennzeichneten Vorgehen der sozialdem. Führer Vorhölzer zugeschrieben werden; er trägt hierfür ausschließlich die Verantwortung.

Weshalb wir gelegentlich des Streikes der sozialdem. Verbände um die Priorität der Aufdeckung der Mißstände im Eisenarbeiterberuf soweit ausgeholt haben, könnte man vielfach fragen. Nun, um zunächst zu zeigen, daß die Verleinerungsstunde, wie sie seitens der Führer des sozialdem. Met.-Verbandes so oft und gern beliebt wird, nicht vor den eigenen Gesinnungsgenossen nicht halt macht. Mit den dargelegten Beispielen soll gezeigt werden, daß die Großsprecher gewöhnlich dann verjagen, wenn es gilt, die Interessen des arbeitenden Standes praktisch und wirkungsvoll zu vertreten. Ferner soll damit gezeigt werden, daß es der christliche Metallarbeiterverband war, der sich stets der am schlechtesten gestellten Arbeiter angenommen und dadurch bewiesen hat, daß er das Allgemeininteresse der Arbeiter über alle anderen Interessen zu stellen versteht.

Außerdem kann es nichts schaden, wenn die Vorhölzerischen Feidentaten auf dem Schwarzwalde den Kollegen wieder in Erinnerung gebracht werden, zumal sich der Herr anlässlich des Streikes in Rheingebiet verufen fühlte, mit Hilfe der Staatsgewalt — so will es ein Klassenbewußter Sozialdemokrat — dem christlichen Verband den Garaus zu machen. In dem gesunden Sinn unserer Kollegen wird sich der Mann allerdings die Zähne ausbeißen. In den Augen der christl. Arbeiter war Vorhölzer schon gerichtet vor Rheingebiet, die neuesten Verleumdungen haben diese Auffassung nur noch bestärken können. A. S.

Schlesien. Zu den vielen Hindernissen, die sich der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften in Schlesien entgegen stellen, kommen auch noch manche Schwierigkeiten, die ihnen von engherzigen Behörden in den Weg gelegt werden. Schon wiederholt mußten diesbezügliche Klagen erhoben werden. Jetzt liegt wieder ein neuer Fall vor.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Neumann wollte in Rosowice eine Gewerkschaftsversammlung abhalten, die sich nur mit Fragen beschäftigen sollte, die die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen würden. Nach dem Vereinsgesetz und auch nach bereits vorliegenden Gerichtsurteilen sind solche Versammlungen nicht anmeldepflichtig.

Nichtbestowenliger erhielt der Lokalinshaber von dem Herrn Amtsvorsteher einen Bescheid, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, da sie nicht angemeldet sei. Dem Amtsvorsteher wurde klar gemacht, daß sein Vorgehen nicht dem Gesetze entspräche.

Um nicht noch ein zweites Mal durch die Unkenntnis des Herrn Amtsvorstehers eine Versammlung aufzuheben zu müssen, wurde eine weitere Versammlung angemeldet. 24 Stunden vor Stattfinden der Versammlung erhielt der Versammlungsanmelder folgendes Telegramm des Amtsvorstehers:

„Sämtliche Lokale in Rosowice nach Beschäftigung ungeeignet befunden. Versammlung für Sonntag verboten. Amtsvorsteher Dastrowitz.“

Unbeanstandet dürfen bisher in dem fraglichen und in anderen Lokalen des Ortes Kriegervereinssammlungen, Sochzeiten und öffentliche Tanzlustbarkeiten stattfinden. Die Lokale sind polizeilich konzediert und abgenommen worden.

Es wurde Beschwerde an den Landrat eingereicht. Bevor jedoch der Landrat gesprochen hatte, sandte der „geheimeschließliche“ Herr Amtsvorsteher dem Kollegen Neumann eine „Begründung“ seiner Stellungnahme. Der Herr meinte darin, die Versammlung habe deshalb der Anmeldepflicht unterliegen, weil Arbeiter sämtlicher Berufe, namentlich Rüstschmied und Haushalter eingeladen seien. Der Herr schenkt nicht einmal die ganz gewöhnlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu verstehen.

In dem Orte Murow erhielt der Kollege Neumann in einem Gespräch mit dem Vorsteher des Ortes auf seinen Hinweis, daß die Versammlung nicht der Anmeldung unterliege, folgende Antwort: „Ihnen werde ich die Versammlung nicht verbieten, denn ich kenne das Gesetz so gut wie Sie. Aber dem Galmtirt werde ich es verbieten, wenn er die Versammlung stattfinden läßt.“

Um weiteren Scherereien mit Amtsvorstehern im Kreise aus dem Bezirk zu gehen, begab sich Neumann zum Landrat nach Oppeln, trat ihm den oben geschilderten Vorgang vor und bat ihn, dafür zu sorgen, daß die Leute nicht bei der Wahrnehmung ihres Rechtes durch die Amtsvorsteher gehindert würden. Darauf erwiderte der Herr Landrat:

„Sehen Sie mal, Sie werden doch begreifen, daß Sie von den Leuten nicht so freudig empfangen werden, wenn...

Sie in das sonst so stille Murow kommen und die Leute aufheben. Denn, wenn Sie auch christliche Gewerkschaften sind, im Grunde genommen verheßen Sie doch ebenso die Leute wie die Sozialdemokraten, wenn auch etwas weniger scharf. Was haben Sie überhaupt für ein Interesse daran, unsere Leute zu verheßen?“

Der Herr Staatssekretär sprach kürzlich im Reichstage von der Legende, die in der unter der Arbeiterschaft verbreiteten Auffassung bestände, als ob für die Unternehmer das Koalitionsrecht nicht da sei. Er meinte damit, es müsse volle Parität und Gleichheit herrschen bezüglich des Koalitionsrechtes. Der Gedanke der Parität ist schön, nur schade, daß er gerade in der Koalitionsrechtsfrage praktisch paralytisch besteht. Wo wäre die Behörde, die in ähnlicher Weise, wie oben geschildert, gegen Unternehmer- und Gewerkschaften vorgeht? Wir erwarten doch, daß der Herr Amtsvorsteher und auch der Landrat von maßgebender Stelle den notwendigen Stillstand bekommen, damit sie in Zukunft nicht mehr den christlichen Gewerkschaften Annpel zwischen die Beine werfen.

Bei der am 19. Januar im Reichstage gepflogenen Debatte über die Handhabung des Koalitionsrechts hat der Staatssekretär wiederum die Erklärung abgegeben, daß die Bestimmungen des Gesetzes loyal und weitherzig gehandhabt werden sollten. Hier ist Gelegenheit geboten zu dem Beweis, daß es mit solchen Ministernworten auch wirklich ernst gemeint ist.

Pforzheim. Ueber die unparteiischen Arbeitsnachweise referierte Kollege Kuhn am Samstag den 8. Januar in einer vom christl. Gewerkschaftsratell einberufenen öffentlichen Versammlung. Einleitend hob der Redner hervor, daß durch die Einführung der Lohnverträge, die in fast allen Industrien in den letzten Jahren eine große Bedeutung erlangt haben, und nicht zuletzt durch die fortwährende Aufklärungsarbeit der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung der radikale Klassenkampfgedanke der Arbeiterschaft immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden sei. Die Hoffnung auf friedlichere Zustände in der Industrie wäre deshalb sehr berechtigt. Nun aber wird von selten der scharfmachtischen Arbeitgeberverbände der Klassenkampf von oben aufgenommen. Mit Hilfe der einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise wollen die Scharfmacher die gesamte Arbeiterschaft unter ihre Botmäßigkeit bringen. Der Redner wies nun auf die Praxis des Unternehmerarbeitsnachweises Mannheim-Ludwigshafen hin. Dort würde mit allen raffinierten Mitteln die Arbeiterschaft gefesselt und gefesselt. Die Zeugnisse und der Abgangsschein der letzten Arbeitsstelle müßten vorgelegt werden. Wehe dem Arbeiter, der mit einem Schönheitsfehler an seinem Vorleben oder mit einem körperlichen Gebrechen behaftet ist. Unbarmherzig wird er von den Späherbeamten in das T. d. W. (Verzeichnis der Mißliebigen) eingetragen, und damit ist der betr. Arbeiter für den Industriebezirk geächtet. Mit Hilfe der Zeichensprache wird die Verstandigung der Arbeitgeber mit dem Arbeitsnachweis bewerkstelligt. Es soll dadurch verhindert werden, daß Unbesetzte Einbild erhalten. Dieses System der schwarzen Listen bildet die markanteste Einrichtung des betr. Arbeitsnachweises. Ihm wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Eine Liste von rund 1300 durch diesen Unternehmerarbeitsnachweis geächteter Arbeiter liegt vor. Durch das Vorgehen des Behördenverbandes sei der Plan der Arbeitgeberverbände zum Gegenstand erregter öffentlicher Diskussion geworden. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung macht die Arbeitgeber, den Ring dieser Unternehmerarbeitsnachweise nach dem sog. Hamburger System sobald wie möglich schließen zu schließen. Damit wäre dem Plan der Unternehmer, einen Zentralarbeitsnachweis der Arbeitgeber zu gründen, der Weg geebnet und die gesamte Arbeiterschaft unter ihre Botmäßigkeit gestellt. Alle gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit und das freie Verfügen über die eigene Arbeitskraft wären dadurch illusorisch gemacht.

Die Allgemeinheit hat aber das größte Interesse daran, daß nicht durch die Willkür der Unternehmer der Arbeiterschaft in dieser Weise die Lebens- und Arbeitsfreudigkeit geraubt wird. Wir brauchen einen freien, gesunden Arbeiterstand, der imstande ist, nach freiem Ermessen seine Fähigkeiten zu vertretten und dadurch freiwillig mit Eifer und Fleiß sich seiner Arbeit widmet. Darum rufen wir die Allgemeinheit auf zum Proteste gegen die Anhebungsversuche der scharfmachtischen Unternehmer.

In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen in zustimmendem Sinne. Besonders wurde die Tätigkeit unseres partiiischen Pforzheimer Arbeitersanktes lobend hervorgehoben und Pforzheim in dieser Hinsicht anderen Industriestädten als Beispiel empfohlen. — Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute im „Europäischen Hof“ stattfindende Versammlung christlich-nationaler Arbeiter nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den Ausschüssen, die sich auf dem Gebiete der einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise gezeigt haben. Die Versammlung protestiert gegen das Vorgehen der Arbeitgeberverbände, welche diese unparteiischen Fremdarbeitsnachweise durchzuführen und zu zentralisieren suchen und die Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer wahren Bestrebungen irreführen wollen. Die Versammlung fordert die Allgemeinheit auf, sich diesem Proteste anzuschließen, und richtet an Regierung und Parlament das dringende Ersuchen, möglichst bald eine allgemeine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf geistlicher und partiiischer Grundlage in die Wege zu leiten, im Interesse des gewerblichen Friedens und der gedieglichen Entwicklung der Arbeitsmarktverhältnisse.“

Am a. D. Am Samstag den 15. Januar hielten wir im Lokal zum „Herrnkeller“ unsere diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende wies in seinem Jahresbericht in kurzen Zügen auf den Geschäftsgang des Jahres 1909 hin, welcher bei uns im Vergleich zu anderen Orten als ein gutes Beispiel betrachtet werden könne. Sodann erfolgte der Klassenbericht, welcher erfreulichweise erkennen läßt, daß wir unsere Ortsgruppe im vergangenen Jahre einen schönen Schritt vorwärts gebracht haben.

Am Berichtsjahr wurden abgehalten 24 Mitglieds-, 11 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. In den Versammlungen wurden folgende Themen behandelt: Das...

Krisenjahre 1908; Soziald. Kampfweise; deutsche Arbeit-
geberverbände; Statuten-Erklärung; die Stellung der christ-
lichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung;
Ist der christliche Metallarbeiterverband in der Lage, die
Verhältnisse der Metallarbeiter zu heben und welche Mittel
bedarf er hierzu? Der Arbeiterclub in der gesundheitsförder-
lichen und schweren Industrie; Der Kampf um Rheinischen
u. f. w.

In Berichtsjahre waren zu verzeichnen 52 Neuaufnah-
men, sowie 5 Uebertritte aus anderen Verbänden. Der
Kassenbericht weist folgende Zahlen auf:

Hauptkass. a) Einnahmen: 52 Aufnahmearten 26 M.,
27 Beitragsarten 24,20, 2258 Beitragsarten 1354,80,
219 Beitragsarten 65,70, 197 Delegiertenarten 19,70,
für Prof. 39,25, sonstige Einnahmen 0,30, Gesamt-
einnahme 1530,05 Mark; b) Ausgaben: Kassenunterstützung
120,60, Erwerbslofen-Unterstützung 145,68, 16 Proz. der
Beiträge zu 60 und 30 Pfg. 211,01, 10 Proz. der Beiträge
zu 30 Pfg. 2,43, Gesamttausgabe 479,92 Mark.

Mitglied wurden an die Zentrale nach Duisburg gesandt
1050,34 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse belaufen
sich einschließlich Kassenbestand vom 1. Januar 1909 auf
364,72 Mark. Die Ausgaben betragen 241,46 Mark. So-
mit Bestand am 1. Januar 1910 — 123,26 gegenüber dem
Vorjahr ein Mehr von 35,73 Mark.

Nachdem der Jahresbericht erledigt war, wurden die
Neuwahlen vorgenommen und die alte Vorstanderschaft fast
einstimmig wiedergewählt. Die Revisionen und Kartellbelei-
gerten wurden neugewählt. Die gewählten Kollegen ver-
sprachen das ihnen geschenkte Vertrauen im Interesse des
Verbandes zu rechtfertigen und nach besten Kräften ihre
Pflicht zu tun.

Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige an-
feuernde Worte an die Kollegen, im neuen Jahr noch mehr
wie bisher zu agitieren, damit das und vom Bezirksleiter
gestellte Ziel bald erreicht werde. Kollegen! Erachtet von
jetzt ab zahlreich und pünktlich zu den Versammlungen,
seht euch jeder Verbandsorgan fleißig, dann könnt ihr uns so vor-
teilhaft für die Stärkung unseres Verbandes arbeiten
und um so trefflicher die Angriffe und Lügen der Gegner
zurückweisen. Das vergangene Jahr hat uns eine schöne
Anzahl Neuaufnahmen gebracht, auch in diesem Jahr waren
schon wieder mehrere Aufnahmen zu verzeichnen. Des-
halb im neuen Jahr mit neuer Kraft und neuem Mut an
die Werkarbeit und nicht eher ruhen und rasten, bis der
letzte Mann organisiert ist; nur dann ist es möglich, prakti-
sche Gewerkschaftsarbeit zu leisten zu unserem Wohle und
zur Ehre des Verbandes.

Lauterbach. Am Sonntag den 15. Jan hielt die
hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, welche
vollständig besucht war. Der Vorsitzende erstattete zunächst
den Jahresbericht, in welchem er bedauerte, daß wenige
Neuaufnahmen gemacht wurden; es sei auch nicht zu ver-
wundern, denn in dem kleinen Deutschen Lauterbach bestehen
nicht weniger als 8 Ortsgruppen verschiedener Richtungen.
Kollege Vergammer erstattete sodann den Kassenbe-
richt, welcher von den Kollegen mit Bestätigung aufgenommen
wurde. Bei den Neuwahlen wurden die seitherigen
Kollegen wieder gewählt. Nach abgewählter Tagesordnung
richtete der Vorsitzende noch einige Mahnworte an die
Kollegen, in welchen er folgendes ausführte:

Wenn man so die Jahresberichte der verschiedenen Orts-
gruppen lese, so sehe man bei manchen Fortschritt und regen
Eifer, bei anderen Schwierigkeiten und Stagnation. Wir
sollen das Gute und Organisationsfördernde nachahmen, das
Schädliche sei uns ein warnendes und abschreckendes Beispiel.
Denn auch bei uns sei die Organisation bitter notwendig
und es müsse noch viel organisiert werden, bis wir eine
Hebung der vielfach mangelhaften Arbeitsverhältnisse her-
beiführen können. Im laufenden Jahre müssen wir noch
fleißig agitieren, damit unsere Zahl stetig größer wird.
Das ist um so notwendiger, weil wir es mit einem fanati-
schen Gegner sowohl von sozialdemokratischer wie auch
von kirchlich-dunkler Seite zu tun haben. Die christlichen
Arbeiter werden um so eifriger für ihre Sache arbeiten,
je größere Schwierigkeiten ihnen in den Weg gestellt werden.
Das soll auch in Lauterbach die Richtschnur für die Zukunft
sein. Darum auf zur ausdauernden Arbeit! Kommt pünkt-
lich in die Versammlungen, zahlt rechtzeitig die Beiträge,
seid alle bis zum letzten Mann organisiert, dann wird auch
für die christlichen Arbeiter Lauterbachs eine bessere Zeit an-
brechen.

Durlach. In einer von unserer Zahlstelle einberu-
fenen Versammlung referierte Kollege Heugler über das
Thema: Die christlichen Gewerkschaften und ihre Gegner.
Den trefflichen Ausführungen wurde lebhafter Beifall ge-
schenkt und das Ergebnis der Versammlung in folgender,
einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt:

Die heutige öffentliche christliche Arbeiterversammlung
erhebt energig Protest gegen die unehrlche Hege, die
seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihrer
Führer injiziert wird. Die Versammlung bedauert, daß
durch eine solche Hege die Einheit der Arbeiterkraft immer
mehr gefährdet wird, während andererseits dem Schatzkammer-
tum nur Waffen zur Bekämpfung und Wiederhaltung der Ar-
beiterkraft in die Hände geliefert werden. Die Versammlung
fordert daher alle Arbeiter auf, sich zur Vertretung
ihrer Interessen und zur Abwehr aller Angriffe noch zahl-
reicher wie bisher den christlichen Gewerkschaften anzu-
schließen. Den Führern der christlichen Gewerkschaften
spricht die Versammlung ihr vollstes Vertrauen aus.

Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Die
anwesenden Gegner meldeten sich nicht zum Wort; an-
scheinend wagten sie das arbeiterverräterische Treiben
ihrer Führer selbst nicht zu verteidigen.

Mitling-Laus. Am 9. Januar hielt die Zahl-
stelle Lausen die diesjährige Generalversammlung ab. Der
Ortsvorsitzende Barber gab bei Eröffnung der Versammlung
bekannt, daß die Ortsgruppe Lausen ab 1. Jan. 1910 als
Sektion der Ortsgruppe Mitling geführt wird. Sodann
erwählte er dem Kollegen Trä (Mitling) das Wort. In
kurzen Ausführungen behandelte dieser das Thema: „Die
heutige Lage und deren Lösung“. Medner leitete dabei
den falschen Lösungsversuch im Sozialismus und ermunterte
die Anwesenden, im christl. Metallarbeiterverband an der
Hebung der Lage des Arbeiterstandes mitzuwirken. Nach
Erstattung des Kassenberichts wurde die Wahl des aus
5 Mitgliedern bestehenden Ortsausschusses getätigt. Der
Vorsitzende teilte dann noch mit, daß in Waide in Lausen

eine öffentliche Versammlung abgehalten werden soll.
Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Am darauffolgenden Sonntag, den 16. Jan., fand die
Generalversammlung der Ortsgruppe Mitling statt.
Der Jahresbericht verzeichnete als Einnahme für die
Hauptkasse 553,90 M., abgesetzt an die Zentrale 439,84
M., Unterstützung 35 M., Einnahme der Lokalkasse
inkl. Bestand vom Vorjahr 234,95 M., Ausgabe 108,30 M.,
Lokalkassenbestand am 1. Jan. 1910 126,65 M. Der Re-
visionsbericht konstatierte die ordnungsgemäße Kassenfüh-
rung unseres bewährten Kassierers Stül, und so wurde
derselben einstimmig Entlastung erteilt. Im Bericht-
jahr wurden 12 Mitglieder, 1 Werkstatt- und 1 öffentliche
Versammlung abgehalten. In der ersten wurden sieben
Referate, meist von den eigenen Kollegen, gehalten. Die
Neuwahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen
Kollegen.

Kollegen von Mitling und Lausen! Nur fest zusammen
halten und zusammen arbeiten, dann wird's auch im
neuen Jahre vorwärtsgehen. In beiden Orten sind noch
eine Menge Metallarbeiter aufzuklären und für den Ver-
band zu interessieren. Tun wir dieses zu deren und zu
unserem Nutzen.

Entsch. Zu der gleichnamigen Korrespondenz in
der vorigen Nummer sei noch folgendes nachgetragen:
Wie die „Amberger Volkszeitung“ berichtet, haben die
Arbeiterausschüsse in Rosenbergl und Haidhof durch ein-
stimmiges Veto einen großen Teil unserer Darlegungen
im letzten Artikel als unwahr bezeichnet. Solche Er-
klärungen werden erfahrungsgemäß den Arbeiteraus-
schüssen fertig vorgelegt. Da bekanntlich nur eine Sitzung
für jeden Arbeiterausschuß stattd., sollte deren Mitglie-
dern die Möglichkeit, sich vor der Unterzeichnung ein-
gehend zu informieren. Selbst dann, wenn diese Mög-
lichkeit gegeben, wer garantiert einem Arbeiter, daß er
nicht gelegentlich entlassen wird, oder es sonst irgendwie
fühlen muß, daß er es gewagt hat, seine Überzeugung
zu vertreten, die mit der Auffassung der Direktion im
Widerspruch stand. Die gewaltige Differenz in der Stel-
lung zwischen Unternehmer und Arbeiter und die Abhängig-
keit des letzteren im modernen Großbetrieb dürfte hin-
länglich bekannt sein.

Somit konstatieren wir, daß unsere Behauptungen
teilweise bestätigt wurden (Entlassungen, Forderungen und
Vormittlung) und die Unterbindung des Konfliktrechts
unabweisbar blieb. Den übrigen früheren Darlegungen
unsererseits haben wir nichts hinzuzufügen.

Schwab-Gmünd. Da die sozialdemokratische „Metall-
arbeiter-Zeitung“ wie die übrige rote Presse die Absichten
des „Schlagfertigen“ Bezirksleiters und Oberassistenten Gher-
er-Franfurt nicht ohne Bedauern und Verurteilung,
sondern sogar noch als eine Heldentat verherrlichten,
so wolle wir aus dem ergangenen Urteil die haupt-
sächlichsten Momente der schriftlichen Begründung witz-
geben, um den Lesern die sozialdemokratische Bildungs-
und Erziehungsmethode im richtigen Licht zu zeigen.
Nach der Meinungs-Bez. heißt es in dieser Urteilsbegrün-
dung u. a. wie folgt:

Am 31. Oktober 1909 veranstaltete der christliche Me-
tallarbeiterverband im Saale des lat. Vereinshauses in
Gmünd eine öffentliche Versammlung. Dieselbe hatte zum
Gegenstand ein Referat des Bezirksleiters Scherer in
Offenbach über den Verlauf der hiesigen Bewegung und
die von der Gmünder Arbeiterschaft hieraus zu ziehenden
Nuganwendungen; außerdem ein Referat des Gewerk-
schaftssekretärs Gerhard in Gmünd über den Stand der
hiesigen Verhältnisse. Die Versammlung war sehr stark
besucht, zu einem guten Teil auch von Mitgliedern des
freien Gewerkschaften zugehörigen Deutschen Metallar-
beiterverbandes und dauerte von etwa 6 Uhr bis nach
10 Uhr. In der an diese Vorträge sich anschließenden Dis-
kussion sprachen auch der von Frankfurt zu der Ver-
sammlung gekommene Angeklagte Ehrler, der auf dem
Hoden der freien Gewerkschaften steht und Bezirksleiter
des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Frankfurt ist,
außerdem der freierwerbliche Geschäftsführer Wanner
in Gmünd, ferner von den christlichen Gewerkschaften ein
gewisser Baumhammer. Bevor nun der Versammlungs-
leiter Vogt den Hauptreferenten des Abends Scherer und
Gerhard das Schlufwort erteilte, konstatierte er, daß sich
niemand mehr zum Wort gemeldet hatte und daß er daher
die Versammlung nach Beendigung der Schlufworte von
Gerhard und Scherer schließen werde. . . . Die an-
schließend, schloß Vogt (nach dem gehaltenen Schlufwort)
die Versammlung in ungewöhnlicher Weise, worauf die
Versammlungsteilnehmer sich alsbald zum Weggehen an-
schickten. Der nach dem Vorsitzendlichen gewesene Ange-
klagte ging nun auf diesen Tisch zu und erklärte, er
wolle noch sprechen. Ohne eine Antwort abzuwarten,
eilte er auf das zu ebener Erde stehende Rednerpult
zu und betrat dasselbe, nachdem er noch zuvor seine Ge-
sinnungsgenossen durch den wiederholten Ruf: „Kollegen!“
zu veranlassen versucht hatte, den Saal noch nicht zu ver-
lassen.

Sofort kamen mehrere Vorstandsmitglieder der die
Versammlung abhaltenden Gewerkschaft, darunter der Pri-
vatkläger, Straub und Kölschraich zu dem Pulte her und
erklärten dem Angeklagten mit aller Deutlichkeit und Ent-
schiedenheit, daß er nicht mehr das Recht habe, zu sprechen,
daß die Versammlung geschlossen sei und daß man es nicht
dulde, daß er nochmals spreche. Obwohl nun die ge-
nannten Personen mehrere Minuten lang diese Auffor-
derung wiederholten, blieb der Angeklagte auf dem Pulte,
ohne nur im geringsten Miene zu machen, von seinem
Vorhaben abzusehen. . . . Es ist auch durch die Beweis-
aufnahme nicht erwiesen worden, daß gegen den Ange-
klagten von den Umstehenden Drohungen mit sofortiger
Gewaltanwendung ausgesprochen worden sind.

Das Urteil schließt nur den tatsächlichen Hergang
der Heldentat Ehrlers, und zwar genau in dem an dieser
Stelle schon berichteten Art und Weise, um dann wörtlich
fortzufahren:

Was die in Frage stehende Tathandlung des Angeklagten
gegen den Privatkläger betrifft, so gibt der Angeklagte
dieselbe unumwunden zu, nimmt aber für sich den Schutz
des § 53 St.-G.-B. in Anspruch; nach der Ansicht des Ge-
richts ist Unrecht. Bei dem oben dargestellten Sach-
verhalt ist ein Angriff gegen ihn in dem Zeitpunkte,
in welchem er den Redner geschlagen hat, nicht ausgeführt
worden und fand auch nicht unmittelbar bevor. Not-

wahr wäre aber auch deshalb nicht gegeben, weil eine
etwaige Angriffsandlung sich nicht als eine rechtsverle-
bende wirkte. Der Angeklagte hatte dem ausbrüchlichen
Verbot des Berechtigten zuwider das Rednerpult betreten
und auf wiederholte Aufforderung nicht verlassen, er hat
sich sonach des Hausfriedensbruchs schuldig ge-
macht. Dem Vorstand der Versammlung veranlaßten-
den Organisation, bezw. seinen Vertretern würde das Recht
zugestanden haben, eine im Hausfriedensbruch begriffene
Person mit Gewalt zu entfernen und zu diesem
Zweck auch einen Angriff auf sie auszuführen und sonach
würde es an einem rechtswidrigen Angriff seitens des
Privatklägers von vornherein gescheitert haben.

Eine Freisprechung des Angeklagten aus dem Gesicht-
punkte der Putativnotwehr, d. h. des vom Angeklagten
vermeintlich angenommenen Notwehrstandes ist ebenfalls
auszuschließen. Selbst für den Fall, daß der Angeklagte
angenommen haben sollte, er werde angegriffen, und
es sei der von ihm geführte Schlag erforderlich gewesen,
um weitere ihm unmittelbar bevorstehende Angriffe ab-
zuwenden, so hätte er eben in der irrthümlichen Mei-
nung, es stehe ihm auch gegen den nach der konkreten
Sachlage berechtigten Angriff seiner Gegner das Recht der
Notwehr zu, gehandelt. Dieser Irrtum ist aber ein Irr-
tum über das Strafgesetz, der nach allgemein anerkannten
Rechtsgrundsätzen rechtsunerblich ist.

Hiernach war festzustellen, daß Angeklagte habe vor-
sächlich und rechtswidrig den Privatkläger körperlich miß-
handelt; ein Vergehen nach § 23 St.-G.-B. In Abweichung
von dem Eröffnungsbeschluss hat das Schöffengericht in
der Handlungsweise des Angeklagten aber nicht nur ein
Vergehen der Körperverletzung, sondern zugleich auch ein
Vergehen der tathandlung und öffentlich verübten Beleidigung
im Sinne der §§ 185, 200 und 73 St.-G.-B. erblickt.
Die Möglichkeit eines irrigen Zusammenstehens dieser
beiden Deliktstatbestände ist in der Rechtsprechung durch-
aus anerkannt, wenn nur im einzelnen Falle festge-
stellt werden kann, daß der Täter sowohl den Vorbehalt der
körperlichen Mißhandlung als den der Ehrenkränkung
bei seinem Handeln gehabt hat. Dies trifft hier zu. Denn
bei der Tathandlung des Schlägers und der nach dem Ergebnis
der Beweisaufnahme vorliegenden überlegten Ausführung
kann nicht zweifelhaft sein, daß der Angeklagte dem
Privatkläger einen Schlag zu versetzen gewillt gewesen ist,
und auch darüber mußte der Angeklagte sich klar sein,
und war sich dessen auch zweifellos bewußt, daß der bei
Gelegenheit einer großen Arbeiterversammlung gegen ein
Vorstandsmitglied geführte Streich zugleich eine Kund-
gebung der Mißachtung in sich schließt.

Da Strafanklagung rechtmäßig gestellt ist, war der An-
geklagte auch zur Strafe zu ziehen. Bei Ausmessung der-
selben war zu Ungunsten des Angeklagten zu berücksichtigen,
daß eine schwere Mißhandlung deshalb unbedingt geboten ist,
weil der Angeklagte selbst nur Gast bei der Partei-
versammlung des Privatklägers, sich nicht ge-
sehen hat, ein der Vorstanderschaft der anderen Partei an-
gehöriges Mitglied in größtmöglicher Weise zu ver-
unglimpfen. Des weiteren kommt noch in Betracht,
daß der Angeklagte mit Bedacht gehandelt hat und durch-
aus sich nicht im Noth befunden hat mit seinem Ver-
langen, noch sprechen zu wollen. Dazu kommt noch, daß
der Angeklagte nach seiner eigenen Erklärung schon in
einer sehr großen Anzahl von gemischten Versammlungen
aufgetreten ist und offensichtlich ein im öffentlichen Auf-
treten durchaus routinierter Mann ist.

So die schriftliche Urteilsbegründung über die „in-
teressante Episode“ von Schwab-Gmünd. Hoffentlich
werden die „Genossen“ nicht verfehlen, dieses Urteil dem so-
zialdemokratischen Museum für Bildung und Anstand ein-
zuerweihen.

Osnheim. Unsere diesjährige Generalversammlung
am 9. Januar nahm einen anregenden Verlauf. Die Neu-
wahl des Vorstandes wurde glatt erledigt, indem die bis-
herigen Vorstandsmitglieder wieder- und zwei Kassierern
neu gewählt wurden. Der Vorsitzende ernannte die
Neu- und Wiedergewählten, ihre Aufgabe ernst zu nehmen
ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen. —
Als Delegierter zur Generalversammlung der Ortsverwal-
tung wurde einstimmig der erste Vorsitzende gewählt.

Hierauf hielt der Bezirksleiter Kollege Wäber einen Vor-
trag über das Verhältnis zwischen Unternehmern und Ar-
beitern, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. In
der Diskussion wurde die Bewegung von Rheinischen und
ihre Bestrebungen noch des näheren erörtert, wo-
bei die Redner ihrer Entrüstung über die arbeiterverrä-
terischen Machinationen der Gegner Ausdruck gaben. Es
wurde dann noch eine Sammlung für die Angehörigen der
Opfer des Hausfriedensbruchprozesses organisiert und hier-
auf die Generalversammlung geschlossen.

Kollegen! Zeigt nun durch euer praktische Mitarbeit im
Dienste des Verbandes, daß ihr die Bedeutung und Not-
wendigkeit der Gewerkschaftsbewegung erkannt habt! Seit
ganze Männer, seit vollwertige Mitglieder der Organisation!

Mainz. Unsere Generalversammlung am 16. Januar
war mäßig besucht, nahm aber einen anregenden Ver-
lauf. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden ist zu
entnehmen, daß im verfloffenen Jahre 10 Mitgliederver-
sammlungen und 3 Vorstands- und Vertrauensmänner-
sitzen abgehalten wurden. Bei einer Hausagitation ist
es uns gelungen, einige junge Leute zu gewinnen, seit länge-
rer Zeit wieder der erste Erfolg in der Hausagitation. Ver-
setzt wird uns anspornen, mit neuem Mut und neuer Aus-
dauer die Hausagitation noch weiter zu betreiben. Kassen-
bericht erstattete einer der Kassierern, da der Kassierer
durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Derselbe
war gewissenhaft ausgearbeitet und gewährte einen genauen
Einblick in die Kassenverhältnisse. Die erbetene Entlastung
wurde erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wur-
den die seitherigen Kollegen meistens wiedergewählt, nur
eine Ergänzung war notwendig.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen, die im letzten
Jahre mitgearbeitet, ganz besonders unserem langjährigen
Kassierer Kollegen Meier, der mit der größten Gewissen-
haftigkeit die Kassengehäfte führt und forderte alle Kollegen
auf im neuen Jahre angefaßt der besseren Konjunktur
ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Auf Kollegen! An euch ist es jetzt, der Aufforderung
unseres Vorsitzenden Folge zu leisten. Besonders die Ver-
sammlungschwänzer mögen es sich merken. Was soll man
dann von einem Gewerkschaftler halten, der das ganze Jahr

Keine einzige Versammlung besucht? Wo soll denn da gewerkschaftliche Schulung herkommen? Ist doch anzunehmen, daß solche Kollegen nicht einmal ihr Berufsorgan lesen. In der Agitation versagen diese natürlich vollständig. Kollegen! Soll das immer so weitergehen?legt doch endlich einmal den alten Schindrian ab, und arbeitet als echte Gewerkschaftler mit am Exstieren unserer Zahlstelle. Dann wird es, das ist sicher, trotz aller Schwierigkeiten auch in unserem Mainz wieder vorwärts gehen. Darum auf, Kollegen! Will es doch zu kämpfen für ein großes edles Ziel, für den christlichen Metallarbeiterverband!

Siedersheim. Die Vorstandswahl in unserer diesjährigen Generalversammlung am 16. Januar erledigte sich durch die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Zwei Revisoren wurden neugewählt. Der Bezirksleiter Schreyer hielt einen anregenden Vortrag und erwähnte am Schluß seiner Ausführungen besond. zur eifrigen Mitarbeit. In der schlechten Konjunktur sei die Zahlstelle nicht so recht vorwärts gekommen, aber innerlich sei sie erstarkt und stehe gefestigt da. Nunmehr beginne eine bessere Zeit im Wirtschaftsleben und jetzt müsse auch das Wachstum nach außen herbeigeführt werden. Da sei die eifrige rastlose Mitarbeit aller Kollegen notwendig; nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern jeder einzelne Kollege müsse da mitarbeiten. — Öffentlich wurden diese Worte auf fruchtbaren Boden fallen. Die gutbesuchte Generalversammlung ist eine gute Vorbereitung für die Arbeit des kommenden Jahres. Um wir nun alle unsere Pflicht, so wird und kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Soziales.

Die Einwirkung der Industriearbeit auf die Militärauglichkeit.

Unsere deutsche Arbeitergesetzgebung wurde nicht in letzter Linie mit Rücksicht auf die Wehrfähigkeit der Industriebewölkerung inauguriert. Die Ausschusskommissionen in den Industrievieren mußten von Jahr zu Jahr mehr eine Abnahme der Militärauglichkeit der Industriebewölkerung konstatieren. Diese Tatsache war für die Regierung einer der wesentlichsten Anlässe, der Arbeiterschuttpolitik zuzustimmen. Das liberale Wirtschaftssystem würde, wenn es weiter gegolten hätte, die ganze Kriegsfähigkeit unseres Vaterlandes in Frage gestellt haben.

Neuerdings hat das preussische „Statistische Bundesamt“ wiederum Zahlen vorgelegt, die auf die militärische Brauchbarkeit unserer Arbeiterschaft und auf die Einwirkung der Industrie und ihrer Verhältnisse auf die Volksgesundheit Schlüsse zulassen. Was nicht unbekannt ist, tritt hierbei wieder deutlich in die Erscheinung, nämlich daß unsere Landwirtschaft die sicherste Grundlage für die Stärke und Brauchbarkeit unseres Heeres ist. Es waren von den am 1. Dezember 1906 unter den Fahnen stehenden deutschen Soldaten (einschließlich Unteroffiziere) Söhne von selbständigen Landwirten 144 599, unselbständigen Landwirten 81 986, zusammen 226 585; von selbständigen Nichtlandwirten 156 212, von unselbständigen Nichtlandwirten 232 973, zusammen 389 185.

Nimmt man dagegen den Prozentsatz, so liefert die landwirtschaftliche Bevölkerung im ganzen 38 960 Soldaten, d. i. etwa 21 Prozent über den Durchschnitt, die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung 36 223 oder 9 Prozent unter dem Durchschnitt. Hier prävaliert also unverkennbar die Landwirtschaft als Quelle des Heeresersatzes.

Jedoch entfällt dieser Vorsprung fast ausschließlich auf die selbständigen Landwirte, die unselbständigen stehen nicht viel günstiger da, als die nichtselbständigen „Industriellen“. Das beruht zu einem Schlusse auf die Wohn- und Arbeitsverhältnisse unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, soweit sie zu den unselbständigen und zu den Lohnarbeitern gehören. Es ist nicht der Großgrundbesitz mit seinen Tausenden von Abhängigen, sondern die freie bäuerliche Bevölkerung, die die Stütze unserer Heeresmacht bildet.

Verhältnismäßig sehr niedrig ist das Kontingent, daß die unselbständigen Nichtlandwirte stellen. Wir haben es hier vor allem mit unserer Industriearbeiterschaft zu tun; im Verhältnis zu dem Kontingent der selbständigen Nichtlandwirte und der Stärke dieser beiden Bevölkerungsgruppen überhaupt, stellt der unselbständige Nichtlandwirt zu wenig Soldaten. Wir haben hier in erster Linie eine Folge der Ernährungs-, der Wohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Gruppe. Greift man diejenigen Gewerbe heraus, die im Freien ausgeübt werden, so findet man, daß sie im ganzen der Landwirtschaft wenig nach, hinsichtlich der unselbständigen sogar weit günstiger stehen. Danach muß die Fabrikarbeit auf die Gesundheit und das Wachstum der Menschen eine ungünstige Wirkung ausüben. Ferner: je volkreicher eine Gemeinde ist, desto mehr sinkt ihre Ergiebigkeit der Rekrutenquelle. Hier könnte die Wohnungsfrage aufgestellt werden. Das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft befindet sich in einer ständigen Zunahme.

Alles in allem: Es ist erwiesen, daß die Fabrikarbeit mit all ihren Verhältnissen auf die militärische Brauchbarkeit ungünstig einwirkt. Das ist für uns Arbeiter und für jeden Vaterlandsfreund ein neuer Antrieb, für eine durchgreifende Arbeiterfrage einzutreten. Bessere Arbeits- und Wohnverhältnisse, bessere Ernährung unseres Arbeitervolkes. So ist unsere Gewerkschaftsarbeit auch in hohem Maße eine vaterländische Arbeit.

Finanzminister von Rheinbaben über die Ausichten und Entwicklung der Konjunktur.

Anlässlich der Eröffnung des preussischen Landtages führte der Finanzminister v. Rheinbaben in seiner Etatsrede über die Ausichten der Konjunktur aus: Ich glaube, daß die Ausichten der Industrie günstigere geworden sind. Dies drückt sich dadurch aus, daß nicht nur der Grad der Beschäftigung zugenommen hat, sondern daß im all-

gemeinen — Ausnahmen sind auch jetzt noch vorhanden — die Preise doch eine steigende Tendenz zeigen. Ich hoffe, daß dieser Entwicklungsgang weiter voranschreiten wird, und zwar allmählich, und daß wir nicht wieder in den Fehler früherer Jahrzehnte verfallen werden, um eine rapide Entwicklung nach oben zu sehen, die wegen der Ueberspannung der Produktion dann sofort wieder den Keim des Umschlags in sich trägt. Je allmählicher und sicherer der Aufschwung sich vollzieht, um so mehr haben wir Grund zu der Annahme, daß er lange andauert und nicht in Kürze wieder einer Depression Platz machen wird. Und der Industrie die Absatzmöglichkeiten zu erhalten und ihr die Möglichkeit zu geben, die Tausende von Arbeitskräften zu beschäftigen, müssen wir ja mit allen Nachdruck bemüht sein, der Industrie auch die Ausfuhrmöglichkeiten zu erhalten. Aber, wenn wir offen in die Entwicklung der Dinge schauen, werden wir uns nicht verhehlen dürfen, daß wir steigenden Schwierigkeiten auf diesem Gebiete begegnen, daß sich ein Teil der fremden Staaten immer mehr abschließt, daß er wirtschaftlich erstarkt, und daß sich das Schwergewicht auch der wirtschaftlichen Entwicklung zum Teil nach dem pazifischen Ozean zu verchieben droht. Um so wichtiger ist es, unsern inländischen Markt zu stärken. Als der sicherste Abnehmer der Industrie und auf dem inländischen Markt spielt unsere Landwirtschaft wieder die Hauptrolle.

Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine.

Von den dem Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine angeschlossenen Bezirks- und Landesverbänden hat der Westpreussische Verband 20 Vereine mit 3500 Mitgliedern, der Ostpreussische Verband 34 Vereine mit 4100 Mitgliedern, der Posensche Verband 13 Vereine mit 1504 Mitgliedern, der Pomersche Verband 3 Vereine mit 357 Mitgliedern, der Schlesische Verband 24 Vereine mit 4825 Mitgliedern, der Sächsische Verband 92 Vereine mit 18000 Mitgliedern, der Brandenburgische Verband 37 Vereine mit 2454 Mitgliedern der Mitteldeutsche Verband 25 Vereine mit 4764 Mitgliedern, der Kurhessische Verband 20 Vereine mit 2000 Mitgliedern, der Nordelbische Verband 6 Vereine mit 1237 Mitgliedern, der Saarverband 34 Vereine mit 6445 Mitgliedern, der Mittelrheinische Verband 22 Vereine mit 3487 Mitgliedern, der Badische Verband 30 Vereine mit 3000 Mitgliedern. Von dem Hannoverschen und Minden-Ravensbergischen Verband wird über eine fortschreitende Entwicklung berichtet. Der Pfälzer Verband hatte mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. An der Spitze marschiert der Rheinisch-Westfälische Verband. Das verflossene Jahr brachte ihm einen Zuwachs von 21 neuen Vereinen mit 2842 Mitgliedern. Die alten Vereine ergänzten sich stark. Am 31. Dezember 1909 zählte der Verband 207 Vereine mit 43 086 Mitgliedern. In dem Verbandsrat sind sechs Sekretäre angegliedert, die durch Vorträge und Rechtsberatung den Mitgliedern dienen. Angesichts der großen Zahl evangelischer Arbeiter sind diese Zahlen ja immer noch gering. Jeder Fortschritt ist daher zu begrüßen und der wird für das verflossene Jahr vermeldet.

Literarisches.

Die Kunst dem Volke Monographien über das gesamte Kunstgebiet. Unter diesem Titel tritt die „Allgemeine Vereinigung für christliche Kunst“ mit ihren Publikationen an die Öffentlichkeit und besonders an die breiten Volksschichten heran. Ihr Zweck soll die Pflege der Kunst im Volke auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung sein. Schon die erste, soeben erschienene Monographie „Albrecht Dürer“ von Dr. Joh. Damrich, Kommissionsverlag der Gesellschaft für christl. Kunst in München, zeigt, in welcher glänzender Weise dieses Ziel erreicht werden soll. Die Werke des größten deutschen Meisters werden in dem 48 Seiten starken Heft in leichtverständlicher, gefälliger Abhandlung, unterstützt von 60 vortrefflichen Reproduktionen, dem Leser anschaulich vor Augen geführt. Der Preis der einzelnen Hefte beträgt 80 Pfg. — durch Vereine u. bezogen nur 50 Pfg.

Diese Bestrebungen, zu einem wirklich niedrigen Preise das möglichst Vollkommenste auf dem Gebiete der Popularisierung der Kunst zu leisten, können wir nur auf das lebhafteste begrüßen. Darum dürften diese Kunsthefte auch ein allgemein zu empfehlendes Mittel sein, das geeignet ist, an der ethischen und kulturellen Hebung der vorwärtstrebenden arbeitenden Stände an seinem Teile mitzuwirken. Mögen Sie gerade deshalb eine recht weite Verbreitung, besonders in unseren Kreisen finden. Lh.

Briefkasten.

Wegen des Feiertags am 2. Februar muß für die nächste Nummer einen Tag früher Schluß der Redaktion gemacht werden. Die Einsender von Berichten und Notizen mögen dies beachten. — An mehrere Generalversammlungsberichte für's Organ dürfen keine Privatbriefe sein. Sie müssen kurz und sachlich abgefaßt werden; aller Ballast ist beiseite zu lassen und nur das sachliche, allgemein interessierende zu berichten.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Athen.** Unsere Generalversammlung ist am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 11½ Uhr im Lokale Wiegard.
 - Ameru St. Anton.** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 4½ Uhr Generalversammlung im Lokale von H. van der Velden.
 - Barmen.** Samstag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr Generalversammlung bei Lindermann, Oberdörnen 69.
 - Böchem L.** Sonntag, den 30. Januar, vorm. 11 Uhr General-Versammlung im Gewerkschaftshaus.
 - Cleve.** Sonntag, den 6. Februar, nachm. 4 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Pauls am großen Markt. Unorganisierte mitbringen.
 - Duisburg.** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 4 Uhr im Lokale Stüppers, Pantheimerstr. 61, General-Versammlung.
 - Düsseldorf-Verendorf.** Sonntag, den 30. Jan., vorm. 11 Uhr Delegats-Versammlung im Lokale des Herrn Quering, Mühlens- und Barbarastrasse.
 - Durlach.** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 3 Uhr im Lokal Zannhäuser Lannstraße General-Versammlung mit Neuwahl des Vorstandes.
 - Eisen-Hütrop.** Sonntag, den 30. Jan., abends 6 Uhr Generalversammlung im Lokale Stropp Steelerstr. Die Kollegen werden gebeten vollständig zu erscheinen.
 - Eisen-Kleinwerbe.** Sonnabend, den 5. Febr., abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Trognauerstrasse.
 - Eisen-Elektromonteur.** Freitag, den 4. Febr., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale „zur Stadt Elberfeld.“
 - Eisen-Ordnungsverwaltung.** Den Kollegen zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 Uhr im Saale des Herrn Deener in Holtershausen Rümpenstraße, ein Unterhaltungsabend stattfindet. Einladungen für Mitglieder 20 Pf. für jedes weitere Familienmitglied 10 Pfg., sind auf der Geschäftsstelle und bei den Vertrauensleuten zu haben.
 - Eisenach.** Samstag, den 12. Febr. abends 8½ Uhr in der Clemba.
 - Erfenschwid.** (Zechmetallarbeiter.) Am Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr bei Kausch.
 - Essentirchen - Neustadt.** Samstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr bei Masius.
 - Gelsenkirchen - Reckendorf.** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen. Referent: Bezirksleiter Hirtler.
 - Hoven.** Mittwoch, den 2. Februar, nachm. 6 Uhr Generalversammlung beim Wirt Lambert Fink in Schlich.
 - Karlsruhe.** Sonntag, den 30. Jan., vormittags 11 Uhr im Rest. Seibert, Kaiserstr. 27, Versammlung mit Vortrag der Ketteleer und Laßalle. Referent: Bezirksleiter Kollege Wilh. Thelen aus Mannheim.
 - Kaiserlautern.** Samstag, den 29. Januar, abends 1/9 Uhr General-Versammlung bei Seig am Markt.
 - Ludwigshafen a. Rh.** Sonntag, den 30. Januar, nachm. 3 Uhr im Lokal Albr, Nordbachstr. 23 Generalversammlung. Anträge hierzu sind vorher schriftlich einzureichen. Kollegen, erscheine vollständig und pünktlich.
 - Lippstadt.** Unsere diesjährige General-Versammlung findet Sonntag, den 30. Januar, mittags 1¼ Uhr bei Molitor statt. Mainz. Die Reiseunterstützung wird auf dem Wege des kath. Arbeitersekretariats (hintere Pfaffenstraße Nr. 1) ausbezahlt und zwar in den Stunden von 11—2 und 5—8 Uhr. Adresse des Vorstehenden ist: Kombaaderstraße 351/10.
 - Mühlhausen i. G.** Sonntag, den 30. Jan., morgens punkt 10 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl im Lokale Hehle Ecke Lavoirer- und Thernardstr. Vollzähl. Erscheinen ist Ehrensache.
 - Reichgrube Wünnen.** Sonntag, den 31. Jan., nachm. 3 Uhr ordentliche Generalversammlung im Widmeyerhagen Schillerstraße 16. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Neuwahl-Mitglied. Letztere müssen bis Sonntag, den 23. Januar an den Vorstehenden Fürstentelddorf 4 III einereicht werden.
 - Oberhausen-Stertrade.** Freitag, den 4. Februar, abends 6½ Uhr Versammlung mit Vortrag.
 - Oberhausen. (Ordnungsverwaltung.)** Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3½ Uhr Jahres-Generalversammlung mit Vorstandswahl. Die Kollegen von Kuhlheim (Ruhr), Stertrade und Feintrop sind dringend eingeladen.
 - Olde.** Mittwoch, den 2. Februar, nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Vereinslokale.
 - Rheine.** Samstag, den 29. Jan., abends 8½ Uhr Generalversammlung im Vereinslokale Fuest.
 - Sollingen.** Samstag, den 23. Jan., abends 9 Uhr Versammlung bei Vorchoff.
 - Stettin-Wisburg.** Sonntag, den 30. Jan., vormittags 11 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl im Restaurant Schrader.
 - Schuldenried.** Die Generalversammlung kann besonderer Umstände halber erst am Samstag, den 29. Januar stattfinden.
 - Wasseralfingen.** Sonntag, den 30. Jan., nachm. 3 Uhr General-Versammlung mit Neuwahl des Vorstandes bei Kollege Karl Beutel „Zum Hühle“.
 - Wassau.** Sonntag, den 30. Jan., nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Heinz. Pentel. Sämtliche Bücher der Bibliothek wie auch die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
 - Willingen.** Unterstützung wird ausgezahlt beim Kollegen Karl Selg, Niederstr. 84 Sonntags von 12 bis 1 Uhr.

Widerruf.

Die von mir geäußerte, dem Verbandsorgan durch Stempel aufgedruckte Beleidigung der Ortsverwaltung nehme ich mit Bedauern zurück, und bestätige, daß die Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes hier jederzeit korrekt ihren Obliegenheiten entsprochen hat.

Erkläre mich einverstanden, daß vorstehender Widerruf vervielfältigt und den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes hier angekündigt wird.

Mürnberg, den 19. Januar 1910.
gez. Hermann Giggel.